

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

78 (2.4.1919)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Wagnerspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abgaben oder am Postamt. Monatspreis 1.20 M., vierteljährlich 3.80 M., halbjährlich 7.20 M., jährlich 13.40 M., durch die Post 1.44 M. bezw. 4.82 M. voranzahlbar. Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 1/8-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 123, Redaktion Nr. 451. Anzeigen: Die Typsetzerei od. deren Raum 25 A., zuzügl. 30% Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 Vorm. für große Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Villain - Jaurès.

Karlsruhe, 2. April.

Vor ein paar Wochen ist Clemenceau angeklagt worden. Es war eine Streifwunde. Der siebenundachtzigjährige Ministerpräsident hat sich sehr schnell von diesem „Attentat“ erholt. Heute ist er Mitglied der Viererkommission in den Vorläufigen Verhandlungen und drückt als der rasche, besessene Scharfmacher von allen die reifste Wut aus. Währenddessen ist der Prozess gegen den verworrenen Phantasten Cottin, der der oberflächlichen Krater beibrachte, bereits in erster Instanz durchgeführt. Cottin ist für dreien Anschlag zum Tode verurteilt worden. Während unter uns in Karlsruhe, daß der Hofstaat des ungeheuerlichen Reichspräsidenten auf die Wut funktioniert, ist das Gegenteil der Fall.

Am 31. Juli 1914 ist Jean Jaurès als erstes Mitglied des nationalen Parlamentes dem Attentat des Mörders Villain zum Opfer gefallen. Es hat den ganzen Weltkrieg gedauert, bis die französische Justiz sich überhaupt mit einem öffentlichen Prozeß über Villain heranzutraute. Nun ist der Prozeß durchgeführt. Villain ist freigesprochen worden. Bei diesem Freispruch wird es bleiben, denn das französische Gesetz gestattet kein Revolutionsverfahren gegen einen rechtmäßig erfolgten Freispruch.

Von Anfang an ist das Vorgehen der französischen Behörden gegen Villain eine Farce gewesen. Er wurde eingesperrt und auf seinen Verstand untersucht. Das ist ein hin und her, das die zwischen Untersuchungsausschuss und Vernehmungsprotokoll ein abwechselndes Dasein verbrachte. Wie er da behandelt wurde, haben die Karrieren Villains, die in derartigen Fällen von ihren Orientierungen einen sehr ausherrlichen Gebrauch zu machen pflegen, nicht mitgeteilt. Und gerade bei Villain wäre das notwendig gewesen, denn solche Mittelungen hätten eine maßgebende Auskunft über den Willen der französischen Behörden zur Sühnung des Verbrechens an Jaurès erteilt können. Ueber Villain hörte man in der Folgezeit nur hin und wieder, manches Phantastische und mancher Gemeinplätze. Selbst wie die Wäre angeordnet, hat sie mit dem öffentlichen Prozeßverfahren geendet. Die Sachwalter des ermordeten Jaurès plädierten für die Sühnung des Mörders und Villain wird schließlich wegen vermindelter Zurechnungsfähigkeit freigesprochen.

Es ist durch nichts bewiesen worden, daß die französischen Machthaber Villain zur Durchführung Jaurès anzuregen haben. Dieser vielfach angegriffene Verdacht wird den Sachverhalt auch kaum treffen. Für die Regierung eines europäischen Großstaates ist es denn doch eine zu riskante Geschichte, die Hand eines Mörders für ihre Verurteilung zu bewilligen. Der Mörder wird immer hinterher als Verbrecher kommen und schließlich doch einmal verurteilt werden. Viel wahrscheinlicher ist, daß in jenen Tagen des nationalen Parlamentes Jaurès von Subjekten à la Villain durch den Gedanken gequält wurden: nun ist die Stunde der Revanche gekommen, wenn nur nicht wieder ein Zwischenfall oder sonst was die abgetane Gelegenheit durchkreuzt wird. In dem Momente muß die Erinnerung an den Marokkoinzident vom Jahre 1905 wach geworden sein. Damals war es bereits soweit, daß sein oder Nichtsein des Weltkrieges von Unberechenbarkeiten abhängig. Da über ihn in das Antikonventionell der Diplomaten und in die Schwärze der Militärs aller europäischen Großstaaten die Aufklärung und Bewährungslosigkeit Jaurès hinein und brachte in seinem Teil die Entspannung der Kriegeskräfte zustande. Daran haben Patrioten vom Schlage der Meowkord ohne Zweifel gedacht und einer von ihnen, eben dieser Villain, in fanatischer und verwegener Genie, den gefährlichsten Scherbrocken der internationalen Kriegespropaganda niederzuknallen. In der damaligen französischen Revolution haben nun fast lauter „Patrioten“. Als die politische Welterneuerung in Sicht war, haben sie sicher Jaurès zum Teufel geschrien und nach einem kurzen Konflikt mit ihren politischen Wunden und den ihnen ein- und zurückgekehrten Europäern waren sie froh, daß ein Genie von Villain über den ihnen mit unentwärtigen Gewissensschmerzen den Mut zur Mordtat gefunden hatte. Ganz so sieht das Revolutionsverfahren aus, das die französischen Behörden gegen Villain angewandt haben: Anklage und Mißtrauen des Mordes waren die Mittel nicht. Aber da der Mord ihrer politischen Konjunktur schaden kam, so behandelten sie und die Richter ihre Sache Villain mit der Schonung, welche sie aus politischer Gesinnungslosigkeit ihm zuwenden lassen wollten. Beschränkt durch die Rücksicht, welche sie auf die formalen Rechtsforderungen zu nehmen hatten.

Wie aber wird das französische Proletariat, wie werden die sozialistischen Parteiführer diesen Freispruch hinnehmen? Jean Jaurès war doch der Lehrer von Reformierenden, war doch ein politischer Redner, Autor und Schriftsteller ohne Gleichen. Hat er denn unter all denen, die von ihm gelernt und die aus der losgerissenen Kraft seines gesprochenen Wortes Lebensbreitungen gewonnen haben, keinen Freispruch verurteilt? Das sollen die proletarischen Parteiführer, das sollen sie sich bieten lassen? Die französischen Proletarier, welche den Mut gefunden haben, für die Ideale zu sterben, gegen die Jaurès seinen Leib als Kampfbis zum Messer gewidmet hat, für die Ideale der gloire, die sollen nicht den Mut finden, der Herausforderung ihrer gesellschaftlichen Pflichten nachzugehen? Das können wir uns nicht denken. Wir können das nicht, weil

so etwas bei uns selbst unter den Verhältnissen der wilhelminischen Monarchie nicht möglich gewesen wäre. Nehmen wir an, August Bebel hätte in den kritischen Tagen nach der Ueberwindung des Ultimatus an Serbien noch gelebt und wäre, bevor der Totentanz über die europäischen Schlachtfelder losging, von einem Subjekt à la Villain ermordet worden. Nehmen wir weiter an, die Regierung hätte mit der energischen Aufklärung des Mörders geputzt oder dabei verhandelt. Ueber allem Beständen der Kriegsbereitschaft wäre in Millionen die Bestimmung ausgegangen: Da stimmt etwas nicht. Unter Bebel wurde ermordet als gefährlicher Feind des Weltkrieges und der Kriegsheber. Jhr von der Regierung post nicht zu, es muß also mit den Belagerungen eurer Friedensliebe nicht stimmen. Nun aber haben wir nicht das reine Gewissen mehr, welches wir brauchen, um in den Krieg zu gehen. Die Karole: „Keinen Mann und keinen Biennig dieser Regierung“ hätte bei der Sozialen-Strategie so lange gehalten, bis genügende Garantien für die Sicherung des Verbrechens an Bebel gegeben worden wären und wer weiß, was dann gekommen wäre. Aber das nicht, so etwas hätten wir nicht geduldi hingegenommen. Und die französischen Proletarier sollten es? Wäre Jaurès am Leben geblieben und ein Mann von seiner Bestimmung ermordet worden, weil er den Kriegsheber unbedeuten war, Jaurès hätte das der Regierung nicht durchgehen lassen. Bei der Verteilung des Grundes wäre er über sein eigenes Verbrechen hinaus gewachsen und wie immer im Drehtüch-Programm hätte er die ganz große historische Figur abgeben. Welche Schafepaar aus Markus Antonius macht. Es wäre einen, der jeder Stimme eine Runze lief, die selbst die Steine zum Aufstand würd' erwecken.“ Diese Ehrenschuld an Jaurès sollten alle seine Freunde der Regierung schenken? Und das jetzt, wo die Kriegspolizei überwunden ist, wo der Friede des Belagerungsstandes zurücktritt, wo seine Abwehr des Landesverfalls das Zusammenbrechen ohne Abwehrleistung mehr verlangt? Das glauben wir nicht. Der Fall Villain-Jaurès ist juristisch erledigt, politisch beginnt er erst.

Das Verbrechen an Deutschlands Wiederaufbau.

Karlsruhe, 2. April.

Vor dem Zusammenbruch und dem Verhungern kann Deutschland sich nur durch intensive Arbeit und hohe Arbeitsleistung retten. Darüber ist bei niemandem ein Zweifel möglich. Jeder Streik ist gegenwärtig ein Schlag gegen Deutschlands Leben, ein Schritt näher zum Hungertode. Wer auch nur eine Woche zum dritteligen Wasse feiert und noch die Spur eines Gewissens in sich fühlt, muß deshalb mit allen seinen Kräften dahin wirken, daß in Deutschland ohne Unterbrechungen und Störungen gearbeitet wird.

Statt dessen getrieben die Unabhängigen immer neue Streiks und Unruhen an. Geleontlich haben sie das zwar abgelehnt, aber in einem Anfall von Ehrlichkeit hat der Unabhängige Abgeordnete Koenen in der Nationalversammlung sich damit geäußert, daß die großen Streiks der letzten Zeit die Folgen der „Unabhängigen“ der Unabhängigen seien. Diesem gefährlichen Treiben suchen die Unabhängigen nun dem zu entschuldigen, daß sie behaupten, der fehlende Arbeitsschritt würde sofort da sein, und die jetzt mangelnde Arbeitsleistung sofort in voller Kraft einziehen, wenn nur Ernst mit der Sozialisierung gemacht würde. Was ist die dauernde Unruhe im Wirtschaftsleben, sei das Mithrasen der Arbeiter gegen den Ernst des Sozialismuswillems bei der Reichsregierung. Für die Mite, wenn man ihnen Macht übertrüge, würde es ein Kinderpiel sein, die für Deutschland lebensnotwendige Produktion wieder in Schwung zu bringen.

Diese Darstellung kann man zum als etwas anderes annehmen, denn als bewußten Schanddel. Das russische Beispiel hat das Gewissen der Unabhängigen bewiesen. Auch dort haben die Volkswirtschaftliche Verhältnisse wieder in Ordnung zu bringen, bereit und dazu behauptet, wenn sie an die Macht kämen, würden sie es schaffen. Als es aber soweit war, stellte sich sofort heraus, daß die Arbeitermassen, die von den Volkswirtschaftlichen Umständen und zur mangelnden Eigenleistung erzogen waren, zunächst daran dachten, sich wieder ernsthaft an die Arbeit zu setzen. Alle Maschinen und Werkzeuge von der Lenin und Trebski, daß nur Arbeit Ordnung und Disziplin die Sowjetrepublik retten könnten, blieben in den Wind geblasen.

In Deutschland haben wir genau wie in Russland ein durch Krieg und Hunger hervorgerufenes Existenzkampf der Volkswirtschaft und des Arbeitswillens zu beklagen. Aus entschuldigtem Parteinteresse bekämpfen die Unabhängigen die tödliche Gefahr für den Sozialismus nicht, sondern fördern sie und haben sie an. Dabei würde die Sozialdemokratie des Volkes am vernünftigsten für Deutschland werden, je rascher sie und sozialisieren. Die Arbeitslosigkeit würde eine Regierung, die rascher helfen als eine Regierung Koenen, eine Regierung Koenen noch rascher als die Regierung Koenen. Deshalb ist es eine unverantwortliche Privilegiert der Unabhängigen, die Existenz der Wirtschaft immer weiter zu treiben. Sie nennen es Weiterleben der Revolution und treiben in Wahrheit nur den Sozialismus immer weiter in die Höhe und Deutschland immer tiefer in das Chaos hinein. Sogar wenn das deutsche Volk sich widernehmen möchte und die jetzige Regierung der Brunnst flücht, als auch wenn wir in den Wirtschaftlichen Krisen oder hineinziehen werden, wird sich dieses Verbrechen an der deutschen Wirtschaft an den Unabhängigen furchtbar rächen.

Der Belagerungszustand in Stuttgart.

Stuttgart, 1. April. Die Regierung hat heute früh folgendes durch Mauerankschlag bekanntgegeben: Wegen bringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit wird der Belagerungszustand für das Gebiet des Stadtbezirks Stuttgart des Oberamts Stuttgart und der Oberämter Ehlingen, Cannstatt und Böblingen von der Staatsregierung erklärt. Im Einverständnis mit dem militärischen Befehlshaber werden mit sofortiger Wirkung folgende Anordnungen getroffen: 1. Alle Versammlungen, alle Versammlungen auf Straßen und Plätzen sowie öffentliche Umzüge aller Art werden verboten. 2. Die Beschränkungen des Gesetzes betr. Versammlungen, Versammlungen und Durchführungen sind aufgehoben. 3. Jede Verbreitung von Flugchriften und Handzetteln ebenso der Vertrieb von Zeitungen auf Straßen und Plätzen ist nur mit Genehmigung der Regierung gestattet. 4. Die Polizeihunde sind auf abends 8 Uhr festgesetzt. Alle öffentlichen Lokale, Wirtschaften, Theater und Spielstätten sind um 8 Uhr zu schließen und dürfen vor morgens 9 Uhr nicht geöffnet werden. Der Straßenverkehr ist von 9 Uhr abends verboten. 5. Die Organe der Regierung sind ermächtigt, jeden und wer weiß, was es unternimmt, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören oder den Bestand des Staates oder der Regierung zu gefährden. 6. Für das Gebiet des Belagerungszustandes werden außerordentliche Kriegsgerichte eingesetzt, die im beschleunigten Verfahren alle Straftaten des Mordes, Landesverrats, Aufruhrs, Mordes und Raubes, der Plünderung, der Befreiung von Gefangenen, der fälschlichen Widerlegung, der Befreiung von Eisenbahn und Telegraphen, des unbefugten Waffentragens oder Anwerbungen gegen die von der Regierung im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Verbote aburteilen haben. Die Regierung fordert die Bevölkerung auf, ihren Anordnungen unbedingt Folge zu leisten. Sobald sich wieder ein Belagerungszustand in kürzester Frist wieder aufzuheben.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Essen a. d. R., 1. April. Nach den aus den einzelnen Bergwerksrevieren vorliegenden Meldungen ist gegen den gestrigen Tag, an dem der Ausstand fast nur auf den Dortmund, Witten und Bochumer Bezirk beschränkt war, nur eine geringe Zunahme der Streikenden zu verzeichnen. Bochum, 1. April. Neu in den Streik eingetreten sind folgende Zechen: Friedrich der Große, von der Heubi, Julia und Alma. Infolge der Gasstörung konnten die Kalksteinen in Bochum schon heute vormittag kein Essen mehr verfahren. Wenn der Streik auf der Ruhr-Hiberna noch weiter anhält, wird Bochum in den nächsten Tagen auch ohne elektrisches Licht und ohne elektrische Kraft sein, da das Elektrizitätswerk Westfalen von der Hiberna mit Licht und Kraft versorgt wird.

Berlin, 1. April. Die „Post“ meldet aus Bochum: Eine Vorhandlung der vier großen Bergarbeiterverbände befaßte sich heute in eingehender Beratung mit der Lage im Ruhrgebiet. Es wurde eine Entschädigung einstimmig angenommen, in der u. a. betont wird, daß die Bergarbeiterverbände nachdrücklich alle besonnenen Arbeiter warnen, sich an dem Generalstreik zu beteiligen. Der „Vorwärts“ meldet: In Bochum ist ein Generalstreik bis gegen Mittag nicht ausgedrochen. In Dortmund hat der Streik bisher keinen größeren Umfang angenommen als gestern. Bei den aus Gelsenkirchen abgehenden Zügen sind 5 Personen getötet, mehrere verwundet worden. Aus Witten verlautet, daß der Streik dem Ende entgegenzueilen scheint. Teilweise wurde heute wieder gearbeitet. In der Umgebung duert der Ausstand unverändert fort. Auf den Zechenanlagen im Ferner Gebiet streiken 4000 Arbeiter. Es heißt, daß morgen der Generalstreik ausbrechen wird. Aus Bochum wird gemeldet, daß in der Arbeiterschaft große Erregung herrsche. In den Versammlungen hätten die radikalen Elemente das Übergewicht, die besonnenen Elemente würden nadergehört.

Essen, 1. April. Soweit sich die Lage bis jetzt übersehen läßt, hat die Streikforderung der Spartakisten nur geringen Erfolg gehabt.

Neue Streiks.

Breslau, 1. April. Die Arbeiter der Linde-Hoffmann-Werke sind wegen Meinungsverschiedenheiten über die Löhne und über eine besondere Entschädigung ausständig.

Berlin, 1. April. In Kassel wurden sämtliche Arbeiter der Textilfabriken wegen erhöhter Lohnforderungen ausständig.

Unstimmigkeiten unter der Entente.

Rotterdam, 1. April. „Daily Telegraph“ meldet aus New York, daß Amer. sich möglicherweise von der Friedenskonferenz zurückziehe. Wenn die Zustände auf der Friedenskonferenz nicht besser werden, wird es wahrscheinlich, daß die Welt eine große Senatsrat erleben wird. In Wien sind die Sitzungen des Rates der Vier auf einen 10ten Punkt angetommen. Die ganze letzte Woche kann als verdammt angesehen werden. Gestern ist tatsächlich eine Krise eingetreten und die Lage hat sich verkompliziert, statt gebessert.

„Daily Chronicle“ meldet, daß die Frage der Wiedergutmachung eines der größten Hindernisse für den Frieden sei. Die Franzosen nehmen den Standpunkt ein, daß das ganze Gesamtfrankreich als Teil der Entschädigung für die von den Deutschen zerstörten französischen Kohlenbergwerke abgetreten werden müsse. Der amerikanische Standpunkt ist der, daß die Alliierten sich zu dem Prinzip beugen haben, daß die Völker nicht verurteilt und nicht ohne ihre eigene Zustimmung von einer nationalen Übergewalt einer anderen abgetreten werden dürfen. Dem „Daily Chronicle“ zufolge hat die Spannung auf der Friedenskonferenz ihren Höhepunkt erreicht, wobei ganz offen darauf hingewiesen wird, daß an jeder Verzögerung des Friedens Frankreich die Schuld trägt.

Inzwischen sei die Lage in Osteuropa so schlecht geworden, daß manches Volk, um das es bei den Verhandlungen geht, zweifelt, ob die Alliierten dieser Lage Herr werden können. Die Wahrheit sei, daß die Lage auf der Friedenskonferenz ernst ist. Wenn nicht bald eine Herabsetzung zum Guten eintrete, könnten aufsehenerregende Dinge eintreten.

Weitere Meldungen siehe letzte Nachrichten

Gelegenwürfe zur Vergefeßung des Großgrundbesitzes und des Großkapitals.

Von Stadtrat Dr. Dieß, M. d. R.
Einziger Paragraph.

Die im Gebiet der badischen Republik mit Hauptniederlassung oder Tochterniederlassungen bestehenden, auf Erwerb gerichteten Aktien-Gesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem statutarischen Gesellschaftskapital von mindestens . . . M. werden hierdurch mit sofortiger Wirkung zum Zweck der Vergefeßung für die Allgemeinheit — Vergefeßung — enteignet.

Das bisher zum Gesellschaftsvermögen gehörige Eigentum geht, ohne Rücksicht darauf, ob es sich im Gebiet des badischen Staates oder außerhalb desselben befindet, mit sofortiger Wirkung mit Aktien und Passiven ausschließlich auf den badischen Staat über. Die Gesellschaftsform bleibt bis auf weiteres aufrechtzuerhalten.

Die Verwaltung erfolgt bis auf Weiteres im Auftrag des badischen Staates durch die bisherigen Verwaltungsorgane, die zur Fortsetzung ihrer Tätigkeit, solange diese vom Staat verlangt wird, verpflichtet und hierfür dem Staat zivile und strafrechtlich haftbar sind, unter der Leitung und Oberaufsicht eines vom Ministerium des Innern im Einvernehmen mit dem vom Generalperional des Unternehmens gewählten Arbeiterrat von . . . M. Mitgliedern bestimmten auf Untertänigkeit des Unternehmens zu bezahlenden, staatlichen Sachverwaltern, dessen Entscheidung allein für die Gültigkeit aller Rechtshandlungen und für alle Beschlüsse des Vorstandes (Direktion, Geschäftsführung), Aufsichtsrates und der Gesellschaftsversammlung (Generalversammlungen) maßgebend ist. Vor allen wichtigen das Personal oder den Betrieb betreffenden Entscheidungen ist, soweit die Natur der Sache es gestattet, der Arbeiterrat zu hören. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Sachverwalter und dem Arbeiterrat entscheidet das Ministerium des Innern.

Aus dem ordnungsmäßig festgestellten Jahresberichten erhalten die Aktionäre und Kleingeldhaber, welche höchstens den Nennbetrag von . . . M. an Aktien- oder Stammkapital besitzen, und ihre Rechtsnachfolger eine Vorzugsdividende bis zu höchstens 525 % zur Selbstamortisation ihres Kapitals bestimmt sind, und zwar, falls die Gesellschaftsform nicht früher aufgehoben wird, längstens auf die Dauer von 40 Jahren.

Großaktionäre und Großgeldhaber mit einem . . . M. im Nennbetrag übersteigenden Kapitalanteil erhalten für die ersten . . . M. die gleiche Vorzugsdividende unter denselben Bedingungen.

Kapitalteilungen, die nach dem 1. April 1919 erfolgt sind, finden als solche keine Berücksichtigung.

Das nach Ausschüttung dieser Vorzugsdividende verbleibende Jahresvermögen steht zur Verfügung des Ministeriums des Innern.

Dieses ist ermächtigt, mit den bisherigen Vertretungsorganen vertragliche Abmachungen dahin zu treffen, daß einzelne Gesellschaften wegen nicht genügender Verrentung zur Verwirklichung für die Allgemeinheit aus der Enteignung entlassen werden, oder daß einzelnen Großgeldhabern, welche nachweislich in erster oder zweiter Generation ihr Familienvermögen in dem Unternehmen stecken haben, auch über den Nennbetrag von . . . M. hinaus auf eine bestimmte Reihe von Jahren, jedoch nicht über 40 Jahre hinaus, für sich und ihre Rechtsnachfolger eine Vorzugsdividende aus dem Jahresertragsüberschuss des Unternehmens gewährt werde, oder daß ihnen zu deren Abfindung oder neben derselben einzelne besondere Vermögenswerte aus dem Gesellschaftsvermögen zugewiesen werden. Dabei sind insbesondere Alter, Gesundheits- und Familienverhältnisse der Betroffenen und ihre sonstigen Vermögensverhältnisse angemessen zu berücksichtigen.

Soweit solche Abmachungen bis zum 1. Januar 1925 nicht zustande gekommen sind, wird über die Anträge der Beteiligten durch Gesetz entschieden.

Schulbeiräte.

Die badische vorläufige Regierung hatte neben der grundlegenden Verfassungsarbeit, die glücklich abgeschlossen vorliegt,

wenn sie auch nicht in allem zu befriedigender Vermutung ihre Hauptaufmerksamkeit der Bewältigung der vielen schon eingeleiteten arbeitswichtigen Aufgaben widmete, so hat sie doch auch noch Zukunftsarbeiten geleistet werden konnte, wie die Umgestaltung der Gemeindeordnungen, beweist, daß die Regierung bemüht war, die Grundlagen für eine gedeihliche Zukunft zu geben. Manches, was noch geplant war und in der Richtung der Neugestaltung liegt, konnte leider nicht in Angriff genommen werden; wir denken dabei namentlich an ein neues Beamtenrecht, an die Errichtung von Beamtenkammern. Wohl ist bei verschiedenen Stellen den Beamten ein gewisses Mitwirkungsrecht zugesprochen worden, aber es konnte nicht gesetzlich anerkannt werden. Nur dem Unterrichtsministerium unter Leitung des Generaldirektors war es beschieden, den Lehrern in einer in den letzten Tagen erschienenen Verordnung, die Errichtung von Schulbeiräten betreffend, ein Recht auf Mitwirkung bei allen Schulangelegenheiten, Schulaufsichts- und Schulverwaltungsstellen zu sichern. Ohne Zweifel kann man sich die Mitwirkung der Lehrer bei den Schul- und Lehrerverfahren auch anders denken, es bestehen sicher auch weitergehende und an sich berechtigete Wünsche; aber es ist einmal ein grundlegender Anfang gemacht, und die Erfahrung wird einen weiteren Ausbau ermöglichen. Der Anfang ist immer das Schwierigste, es ist dabei viel aus dem Oberrichtsstand herkommendes Vorurteil zu überwinden. Es darf ruhig gesagt werden, daß die Verordnung einen gesunden, zeitgemäßen Fortschritt darstellt.

Der bisherige „Landesschulrat“ wird aufgehoben, und an seine Stelle tritt der „Landesschulbeirat“, in dem die Gemeinden und Bezirke eine Vertretung erhalten haben, und in dem namentlich den Lehrern eine weitestgehende Beteiligung gegeben wird. Dieser wurden die Vertreter der höheren Lehranstalten wie die der Volksschulen vom Ministerium ernannt, und zwar u. a. nur zwei Volksschullehrer; die Zahl der Volksschullehrer wird auf 12 erhöht, wovon die Lehrer acht selbst zu wählen haben; ebenso haben die Lehrer der höheren Schulen 4 Vertreter durch Wahl zu entsenden. — Der „Landesschulbeirat“ ist dem Unterrichtsministerium beigeordnet, und er hat alle wichtigeren Angelegenheiten auf dem Gebiete des Unterrichts- und Erziehungswesens mit dem Ministerium zu beraten und zu begutachten. Er hat das Recht der Antragstellung, so daß es in seiner Hand liegt, den Landesschulrat zu einer bedeutungsvollen Selbstverwaltungsgestaltung auszugestalten.

Bei den Kreis- und größeren Volksschullehrern ist in den Kreis- bzw. Stadtschulbeiräten den Lehrern ein Recht auf Mitberatung gegeben. Die Lehrer haben mindestens 9 Vertreter zu wählen, die mit dem Kreis- bzw. Stadtschulrat alle wichtigeren Schul- und Erziehungsangelegenheiten zu prüfen haben und darüber ihr Gutachten abgeben können. In den „Schulbeiräten“ ist sodann an jeder größeren Schule eine Einrichtung geschaffen, die eine lokale Schulleitung und Schulverwaltung in die Wege leitet. Daß diese Schulbeiräte als Vermittlungsstelle zwischen den Schulaufsichtsbeamten und den Lehrern und als Vermittlungsstelle zwischen den Lehrern untereinander zu gelten haben, ist besonders zu begrüßen. Vieles, was bisher die Oberbehörde unfruchtbar beschäftigte, kann nunmehr im engeren Kreise unter Würdigung aller Verhältnisse erledigt werden.

Die Schulbeiräte müssen durch die Lehrer selbst fleisch und Blut erhalten. Es kommt nicht allein auf den Wortlaut einer Bestimmung an, sondern vielmehr namentlich auf den Geist, in dem sie in die Tat umgesetzt wird. Die Schulbeiräte können viel bedeuten, wenn die Lehrer die richtigen Vertreter bestimmen, die mit Sachkenntnis und Beharrlichkeit das zu erstrebende zum Ausdruck zu bringen vermögen. Die Mitglieder der Kreis- und Stadtschulbeiräte sind zudem berufen, bei der Fortbildung der jungen Lehrer und Lehrerrinnen, bei der Einführung in den Schuldienst wie auch bei der Abnahme der Dienstprüfung mitzuwirken. Die Lehrer haben es also mit in der Hand, ihren Nachwuchs, die Zukunft des Lehrentums mit heranzuziehen, in sie Geist von ihrem Geiste zu pflanzen. Eine hehre und bedeutsame Pflicht! In jedem Amtsbezirk soll überdies ein „Schulausschuß“ gebildet werden, bei dessen Schaffung der Einheitschulgedanke wie auch die Forderung, daß der Lehrer nicht allein Unterrichtsleiter, sondern auch Bildner der Erwachsenden, geistiger Führer des Volkes sein soll, mitbestimmend waren. Lehrer aller Schularten des Bezirkes sollen nach selbst gegebener Sichtung zusammenwirken, um die Zusammenarbeit aller Schulen zu pflegen und um Volkserziehung zu vermitteln. Möge die gesamte badische Lehrerschaft in diesen Schulbeiräten zeigen, daß sie sich in unseren ersten und schweren Zeiten ihrer Aufgabe als Volkserzieher und Volkserzieher bewußt ist!

Die Verordnung des Unterrichtsministeriums zeigt von neuem, daß es geht vorwärts auf dem Schulwege. Möge diesem ersten Schritte bald ein neuer, zeitlicher Schulgesetz folgen, das den Einheitschulgedanken verwirklicht!

Baden.

Zur Frage des Zusammenflusses von Baden und Württemberg. Wie wir nach Erkundigung an maßgebender Stelle erfragen, sind die Berliner Väteremendungen, die über die angestrebte bevorstehende Gründung einer württembergisch-badischen Einheitsrepublik schon verschiedene Einzelheiten mitzuteilen ruhigen, den Darfassen weit voraus eilende. Die in Betracht kommenden badischen Regierungsstellen haben über diese Angelegenheit irgend welche Beschlüsse noch nicht gefaßt. Selbstverständlich wird aber der Gedanke eines Zusammenflusses der genannten südlichen Bundesstaaten auch an den amtlichen badischen Stellen mit dem Ernst erwogen werden, den das Projekt verdient.

Neue Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel. Das Ministerium für Ubergangswirtschaft und Wohnungswesen hat eine mit dem heutigen Tag in Kraft tretende Verordnung erlassen, deren Maßnahmen dazu beitragen sollen, den Wohnungsmangel zu beheben. Durch die Verordnung wird bestimmt, daß das Ministerium die Behörden derjenigen Gemeinden, in denen durch besonders starken Wohnungsmangel eine Notlage entstanden ist oder eine solche droht, ermächtigen kann, anzuordnen, daß Wohnungen und Räume nur unter Namensangabe des Vermieters und genauer Bezeichnung von Straße und Hausnummer, sowie Stockwerk zu Wohnzwecken öffentlich ausgeschrieben werden dürfen. Ferner wird durch die Verordnung verboten, Verlehnungen für den Nachweis von Mietwohnungen (wie sie in letzter Zeit oft bis zum Betrag von 200 M. ausgeschrieben worden) zu veröffentlichen. Das Vermieten, die Ueberlassung und die Ingebrauchnahme von benutzten und unbenutzten Wohnungen und Räumen zu Wohnzwecken ist nur mit vorheriger Zustimmung der Gemeindebehörde zulässig.

Der Sozialistenbeschluss. In offenkundiger „Bruchgänger“ Weise hat sich der „Volk“ auf die Verhinderung des Nationalrats im Jahre 1920; die Nationalparlamentarier haben es ihm direkt angetan, daß bald keine Nummer mehr herauskommt, in der nicht irgend eine Forderung über die Sozialdemokratie angehängt wird. Nach dem Grundgesetz „Helf mal helfen“ werden die zu neuen Schritten beschworen, nur nicht aus dem Bereich zu laufen, denn es drohe Gefahr an aller Ecken und Enden; und wenn sie gar ins Lager der Sozialdemokraten geraten würden! Ganz furchtbar. Die Religion ist natürlich jetzt wieder in Gefahr, da ja in nächster Zeit die Gemeindefragen stattfinden; jedes Kind kennt natürlich die Stellung der Sozialdemokratie; nichts besteht eine Gefahr, daß der Religion irgend etwas angetan wird. Aber es zeigt halt in den Zentrumskreisen, also wird verurteilt.

Wieder einmal beruft sich der „Volk“ auf die Verhinderung des Nationalrats im Jahre 1920; die Nationalparlamentarier haben es ihm direkt angetan, daß bald keine Nummer mehr herauskommt, in der nicht irgend eine Forderung über die Sozialdemokratie angehängt wird. Nach dem Grundgesetz „Helf mal helfen“ werden die zu neuen Schritten beschworen, nur nicht aus dem Bereich zu laufen, denn es drohe Gefahr an aller Ecken und Enden; und wenn sie gar ins Lager der Sozialdemokraten geraten würden! Ganz furchtbar. Die Religion ist natürlich jetzt wieder in Gefahr, da ja in nächster Zeit die Gemeindefragen stattfinden; jedes Kind kennt natürlich die Stellung der Sozialdemokratie; nichts besteht eine Gefahr, daß der Religion irgend etwas angetan wird. Aber es zeigt halt in den Zentrumskreisen, also wird verurteilt.

Der Verzicht auf Grundbesitz in der Ubergangszeit. Die vorläufige Volksregierung hat dem Präsidium der verfassunggebenden Nationalversammlung einen Gesetzentwurf, betreffend die Uebertragung des Gesetzes vom 5. Juli 1917 über den Verzicht auf Grundbesitz in der Kriegs- und Ubergangszeit zugehen lassen. Darnach wird der § 1 des Gesetzes abgeändert, und zwar soll zur Klarheit der Uebersetzung oder des Kaufes von Grundbesitz die Genehmigung des Bezirksamtes erforderlich sein, wenn es sich um landwirtschaftliche Grundstücke mit Flächeninhalt von mindestens fünf Hektar handelt, die in den letzten drei Jahren zusammen bewirtschaftet wurden, wenn es sich um landwirtschaftliche

Das verlassene Dorf.

Roman aus dem 30jährigen Kriege von Friedrich Thieme.
68 (Nachdruck verboten.)

Als Margarete am Arme ihres Gatten das Fest der Marktentendin betrat, geriet Mutter Breitenfeld — denn keine andere war die Inhaberin — schier außer sich vor Verwunderung. Aber sie war eine Frau von Welt und verstand sich jeder Situation logisch mit außerordentlicher Gelassenheit anzupassen. Sie knigte einmal über das andere vor dem Herrn und der Frau Hauptmann und bewunderte, eine freudigere Ueberraschung habe sie noch niemals erlebt.

„Madame“, versicherte sie mit ihrem gewinnendsten Lächeln, „welch ein wohlthuender Anblick für meine Augen! Aber ich habe Euch gleich angelesen, daß etwas Besonderes in Euch steckt. Habt Ihr dem Herrn Gemahl erzählt, wie ich mich gleich bemühte, Euch aus den Händen der Soldaten zu befreien? Und daß ich sogar bereit war, ein gutes Stück Geld zu opfern, Euch Hilfe zu bringen? Wahrhaftig, Ihr wart so schreiend und laßt, ein Bild zum Erzerrauden! Euer Gemahl grüßt mir ans Herz, ich verbrach dem wilden Miß eine für meine Armut gewaltige Summe, das wußt Ihr doch noch? Nun, man sieht, was ein Schwanz ist, kommt doch noch zu irgendeinem — erlaubt mir, Eure schöne Hand zu küssen, Madame!“

Margarete überließ ihr lächelnd ihre Hand, die sie wohl je einmal unter neuen Umständen abließ. Die junge Frau wußte ja, wie die Sache sich verhielt, aber sie war viel zu glücklich, um gegen jemand eine Empfindlichkeit zu äußern oder festzuhalten. An der Tafel der Offiziere wurde sie den Kameraden Arnes und ihren Frauen vorgestellt und war während der ganzen Mahlzeit der Gegenstand ebenso unerkennbarer Bewunderung als aufrechten Neids.

Die Offiziere huldigten ihr unerschrocken und auch ihre Damen gaben sich den Anzeichen, in das Lob einzustimmen, nur gab es mit einigen geschickt angebrachten Einschränkungen, die sich in das Gewand der Teilnahme klebten. Ihr Ehemann war ihnen bekannt geworden, und die Frau eines Rittmeisters besonders schätzte sich ganz vertraulich und mitteilend und wiederholte des öfteren im Tone der Mäßigung und des Bedauerns:

„Ja, man sieht Euch an, daß Ihr viel gelitten habt. O, was seid Ihr blaß, liebes Herz! Ist auch kein Wunder — soviel Leiden — und direkt vom Fuße des Galgens wegscholt — na, nun könnt Ihr Euch erholen. Diese armen, bloßen Wangen —“ sie strichelte sie freundlich — „müssen wieder Farbe erhalten, und die eingesunkenen Augen wieder Glanz, Arnes, bleiches Kind — ach, wie Euch Eure Leiden so mitgenommen haben.“

Margarete nahm alles lieb und treuherzig auf, obwohl ihr Spiegel ihr hätte sagen können, daß ihre Wangen im Gegenlicht in rosigter Wärme glühten und ihre Augen so prächtig funkelten wie zwei große Sternchen.

„Vorher sie das Wasser und verließ, hat sie ihren Gatten, ihr noch zwei innige Wünsche zu erfüllen.“

„Ich möchte von meines Vaters Grab und von meinem Bruder Leonhard Abschied nehmen“, erklärte sie tiefbewegt. Arne stimmte ihr erschütterter bei.

„Nach vor morgen abend erwarten wir neue Rekruten“, antwortete er bereitwillig. „Sobald die Pferde von dem Junges Arnde erhalten, werden sie abziehen, ohne daß es zu einem Geschehe kommen dürfte. Dann ist die Weand frei und ich führe dich wohin du nur willst.“

Drei Tage später sprach er zu Margarete: „Morgen kann ich meines Herzens Drang befriedigen. Uebermorgen geht der Transport nach Schweden. Ich werde einen treuen Mann für dich zum Begleiter und Diener auswählen.“

„Ich danke dir, teurer Mann!“ rief Margarete mit liebevollem Lächeln.

„Hast du noch eine Bitte, Schwab, die ich dir erfüllen kann?“ Margarete legte lächelnd ihren Arm auf seine Schulter.

„Ja — noch eine, Arne.“

„Nun?“

„Laß mich die arme Susanne mitnehmen. Sie ist ein gutes Kind, und nur zugezogen hat sie für ihres Vaters Leben gelitten. Ich möchte ihr Leben gern wieder in irdische Bahnen lenken.“

Arne war mit Freunden einverstanden. Am anderen Morgen traten sie ihren Ausflug an. Der Hauptmann war, während Margarete von zwei Soldaten in einer Sänfte getragen wurde. Zwei andere Soldaten begleiteten die Träger, um sie abzulösen. Einer der letzteren war Lars, der gut-

mütige Reiter, der sich an jenem verhängnisvollen Tage Margarete und ihres Vaters angenommen hatte.

„Lars“, rief Margarete erkrankt und nahm den in Augenweide, „Wahrhaftig, er ist es. — Lars, guter Lars, geht mit Eurem Hand. Ihr seid es, der meinen guten, armen Vater begraden hat!“

Lars kam zutraulich heran.

„Ihr wart der einzige Freund, den ich unter den wilden Männern gefunden habe“, plauderte Margarete, „auch ich kauernd und voll Dankbarkeit. Und der gute Chirurgus, der mich durch seine List aus den Händen des wredlichen Karman befreite. Wie geht es Euch, Lars? Ihr seht recht blaß aus?“

Lars entgegnete, daß er auch kein Wunder. Er sei in einem der letzten Gefechte schwer verwundet worden und stehe im Begriff, nachdem er halbwegs wieder genesen, nach der Heimat zurückzukehren, da er für den Felddienst nicht mehr kräftig genug sei.

„Darüber grüßel Euch nicht, Lars. Freut Euch dessen vielmehr. Euer Herz ist zu weich für die Strafen jolden Kriezes, Wißt Ihr, Lars, was aus der guten Frau geworden ist?“

Lars lachte herzlich.

„Die? Die hat sich schlüssig wieder einen neuen Mann gewählt, nicht viel anders als Miß, der ihr jeden Tag die gewohnte Prügeluppe verabreicht.“

„Wie? Was sie nicht froh, endlich von dem Unhosde erlöst zu sein?“

„Das war sie wohl — aber es scheint, sie muß jemanden haben, vor dem sie sich fürchtet und dem sie flochtigen Gehorsam leistet. Es ist ihre Natur so. Gab ich mal was Ähnliches erlebt mit einem Freunde, den keine Alte mächtig unerm Vorfeser hielt. Er stobnte und ächzte und atmete auf, als der liebe Gott sie wegnaht. Aber was tat er. Nicht sechs Monate waren hin, da hatte er sich gerade wieder eine ebniolche Tarrannin ausrukt.“

„Habt Ihr Luks wiedergelieben, des Mißs Sund?“

„Nein, Madame. Der ist nicht von der Reihe seines Herrn wegzubringen gewesen, sagt man, und wahrhaftig bei ihr geblieben.“

(Fortsetzung folgt.)

Grundständ
lichen Ge
es sich um
im Verein
Die Gemein
Die Gemein
gegenüber
hüterlichen
getreten se
galt, die d
weiter
nach Baden
hoben die
Gesellschaft
Zustände in
pflicht des

Off
händler vo
mittel bei
nahm.
Mü
während d
griffen wa
ein Sochi
rat erklärt
Berommi
Regierung
auf Staat
Beschlüsse
Sa
shäbigen
kommuna
Nei zu
wegen S
Se
Blätterme
Wolfspar
sozialdem
lassen.
hier aufg
sind.
Na
woche ein
lade und
Gene
Staatsreit
gort vert
Edmüllers
und D 6
Krit n o d
Krit nach
Spar
u. a. und
eines Sch
die ihre
hätten so
malische
unterein
malische
um die S
Erklärung
freu in

Fr
Lesthr. ng
Zerstörung
Schi ein
nach Eif
ganze W
unterge
Neß an
Quarant
Für
für so r
schub der
zei gebl
Zöhlman
deren Na
Neben G
sendung
und eben
nieren.
Schickal

Ein
fiken, i
Leitungs
Lebensg
darstell
geschie
schen G
einem
ständig
der Zeit
mogu A
Stoff, r
sicherung
zu reg
vertoun
jomies
Selenbe
ste In
unlere
Etüd an
bou dem
Bezieh
mann f
Gesche
feren
legten
brin es
des G
trgo im
teuer r
der Bü
In
im Kor
studiere
eine et
so wich
erzere
zer gr
Wähne
eine 2

SH
Ein
fiken, i
Leitungs
Lebensg
darstell
geschie
schen G
einem
ständig
der Zeit
mogu A
Stoff, r
sicherung
zu reg
vertoun
jomies
Selenbe
ste In
unlere
Etüd an
bou dem
Bezieh
mann f
Gesche
feren
legten
brin es
des G
trgo im
teuer r
der Bü
In
im Kor
studiere
eine et
so wich
erzere
zer gr
Wähne
eine 2

Grundstücke eines Eigentümers handelt, der einen landwirtschaftlichen Gesamtgrundbesitz von 30 Hektar oder mehr hat, und wenn es sich um bebauete oder um unbebaute Grundstücke handelt, die im Bereiche eines endgültig festgestellten Ortsbauplanes liegen. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn der Veräußerung oder dem Umtausche keine Zulassung der Allgemeinheit entgegensteht. — Begündet wird der Gesuchsteller damit, daß in häuslichen Kreisen nach dem Kriege ein großer Landhunger eingetreten sei. Infolgedessen werden oft für Grundstücke Preise bezahlt, die die Grundstücke unwirtschaftlich belasten und bei m. Erzeuger die Neigung bestärken, den Preis der Lebensmittel noch weiter zu steigern. In den Städten finde infolge der Nachfrage nach Hausbesitz ein Steigen der Preise statt, daß die ungeheure hohen Mietspreise zu bereinigen drohen. Diesem Mitleid soll der Gesuchsteller dadurch abhelfen, daß Liegenschaftsverkäufe oder Tausche in dem oben angegebenen Umfange der Genehmigungs-pflicht des Bezirksamtes unterstellt werden.

Offenburg, 1. April. Hier konnten gewerkschaftliche Schlichter verhandelt werden. Sie hatten größere Mengen Lebensmittel bei sich. Auch ein Geldbetrag von 21 000 M wurde beschlagnahmt.

Mühlheim, 1. April. Nach einer Auffstellung ist unsere Stadt während des Krieges 303 Mal von feindlichen Fliegern angegriffen worden. Sieben Personen wurden getötet, 19 verletzt und ein Soldat von 120 000 M verurteilt.

Kahr, 2. April. Der hiesige Arbeiter-, Bauern- und Volkspartei erklärte in einer am Montag abend abgehaltenen öffentlichen Versammlung seine Zustimmung zu einer Eingabe an die Regierung über die Einhebung eines Volkskreditars auf Staatskosten verlanzt. Der A. B. u. V. hat nicht seine Zustimmung unter dem Namen: Aufstellungsstelle, des früheren A. B. u. V. Mates weitergeführt.

Schwetzingen, 1. April. Die Sicherheitsorgane haben einen 17jährigen Schüler erwischt, der Einbrüche in das Schlager des Kommunalverbandes unternommen und ein hübsches Quantum Geld zu Raube vertrieben hatte. Die Eltern des Schülers wurden wegen Fehlerei bestraft.

Heidelberg, 2. April. Die „Heidelberger Zeitung“ ist nach Blättermeldungen durch Kauf in den Besitz der Deutsch-liberalen Volkspartei (keim nat. lib. Partei) übergegangen. Auch die sozialdem. Partei will jetzt ihre eigene Zeitung erscheinen lassen. — Vereingete neue Rodenfälle sind in den letzten Tagen hier aufgetreten, die offenbar von auswärts eingeschleppt worden sind.

Radolfzell, 1. April. Bei Kellereien wurde von der Grenz-wache ein Schmuggeltransport mit einem halben Zentner Schokolade und einem Zentner Kaffee beschlagnahmt.

Generalfreilich und Juvenerfer. Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen teilt mit: Wegen des Generalfreilichs in Stuttgart verkehren die vom Dienstag, den 1. April ab neuangelegten Schnellzüge D 4, Stuttgart ab 4.47 nachm., Karlsruhe ab 6.34, und D 61, Karlsruhe ab 7 Uhr nachm., Stuttgart an 9.12, vorer-richt noch nicht. Auch ist Ausnahme von Güterzügen aller Art nach und über Württemberg bis auf weiteres verboten.

Spatrias als Diplomat. Bei dem Mannheimer Bischof drang u. a. auch eine sportliche Note von etwa 15 Mann in die Villa eines Schwedens ein, um zu requirieren. Der Bischof machte die ihre Sache füllenden Württemberg darauf aufmerksam, daß sie sich hätten sollten, ihn zu belästigen, denn er sei Ausländer und diplomatische Schwierigkeiten seien zu erwarten. Nach kurzer Beratung untereinander erklärte der „Spatrias“: „Wir wollen auch die diplomatische Bewilligung. Da, unerschrockene Sie einfach den Reddell um die Sache ist erledigt!“ Der Bischof war nicht weiter als die Erklärung, daß der Eigentümer die ihm gestaubten Sachen — freiwillig herabfolgt habe. (W. H. in der „Frankf. Ztg.“)

Quarantäne in Kehl für rückführende Elbschiffbringer. Die über Kehl zurückkehrenden französischen, Elbschiffbringer oder Verbündeten werden benachrichtigt, daß sie in Kehl eine 15tägige Quarantäne durchzumachen haben, bevor sie nach Elbschiffbringer einreisen dürfen. Es treffen in Kehl oft ganze Familien mit ihrem Viehstand ein, die weder ernährt noch untergebracht werden können, oder es kommen Rückführende in Kehl an, die gleich wieder nach Deutschland zurückkehren, um die Quarantäne nicht durchzumachen zu müssen.

Für unsere Gefangenen. Die Babilische Gefangenengruppierung schreibt uns: In Berlin hat sich ein Angehöriger der deutschen Truppen am Schwarzen Meer und in der Türkei gebildet, dessen Geschäftsstelle in Berlin, Charlottenburg 4, Dahlmannstraße 22, ist. Der Ausschuss gibt Mitteilungen heraus, deren Nr. 6 vorliegt. Diese Mitteilungen sind für jeden der drüßigen Gefangenen hat, von größter Bedeutung. Wir bit in wegen Zu-sendung der Mitteilungen sich an die Geschäftsstelle zu wenden und event. bei den Postanstalten sich auf die Mitteilungen zu abon-nieren. Die Babilische Gefangenengruppierung kammert sich um das Schicksal dieser abgejagten deutschen Truppen, sie bittet um

jede Nachricht, die sich auf diese Leute beziehen. Ein Aufruf für unsere Schwarzmeer-Truppen ist nur in wenigen Zeitungen erschienen. Die Familien, welche bei diesen Truppen Angehörige haben, sollten sich um Beratung an die Auswärtskommission des Reichsrotkreuz und an die Gefangenengruppierung Freiburg i. B., Bertoldstr. 14, in Karlsruhe (Nationaler Frauenverein, Kronenstr. 24), in Mannheim (Kulstraße 19), in Heidelberg (Marktplatz 4) wenden. Auch die sämtlichen Stellen des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in Baden seien richtig Ansuchen der Angehörigen weiter.

Aus der Partei.

Zweiter Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. Die zum 2. Märzkongreß gewählten Delegierten werden erwidert, unverzüglich ihre Personalien dem Kongreßbüro des Zentralrats (Berlin, Herrenhaus, Leipziger Straße) zu übermitteln. Es sind folgende genaue Angaben zu machen: Name, Beruf, Wohnort, der zu vertretende Wahlkreis und Parteizugehörigkeit. Diesem Briefe ist es sich, daß die maßgebenden Parteifunktionäre diese Angaben für sämtliche in ihrem Verwaltungsbereich gewählten Delegierten machen. Besonders sei darauf hingewiesen, daß die Delegierten bereits am Montag, den 7. April, in Berlin sein müssen. An diesem Tage finden vormittags 10 Uhr im Herrenhaus Präzisionsversammlungen aller auf dem Kongreß vertretenen Parteien statt. Etwaige Anträge, die dem Kongreß durch Delegierte vorgelegt werden sollen, bittet der Kongreßauschuss ebenfalls als-bald einzufenden, damit deren Prüfung erledigt werden kann. Die Delegierten müssen für Wohnung in Berlin selbst sorgen, das Kongreßbüro kann solche nicht vermitteln. Brot- und Fleischkarten sind unbedingt mitzubringen.

Die Aufwandsentschädigung des Reichspräsidenten. Die „Freiheit“ hat die Frage aufgeworfen, ob neben dem monatlichen Aufwandsgehalt von 100 000 M an den Reichspräsidenten nicht ein beträchtliches Gehalt ausgezahlt wird. Dazu ist festzustellen, daß der Reichspräsident, außer dem Aufwandsgehalt von 100 000 M keine anderen Bezüge hat, daß auch niemals andere Bezüge angefordert worden sind. Die 100 000 M sind dazu bestimmt, das gesamte Büro des Präsidenten, einbezogen die Gehälter sämtlicher Beamten und des ganzen Personals zu be-streiten. Der Präsident hat von vornherein erklärt, daß er über die ihm zugedachten Aufwandsgehalt auf das genaueste Rech-nung legen und einen sich ergebenden Ueberschuß zu rück-zahlen wird. Er will bereit sein das ihm gegebene Amt so ver-lassen, wie er es angetreten hat.

Kommunalpolitik.

s. Eggenstein, 28. März. Am Sonntag, 28. März, fand im Gasthaus zur „Krone“ eine Protestversammlung statt, die von über 300 Personen besucht war. Der Protest galt der Lebensmittel-Kommission des hiesigen Kommunalver-bandes. Die Versammlung war einstimmig der Meinung, daß es so wie bisher mit der Verteilung der von Kommunalverband ge-lieferten Lebensmittel und Bekleidungsstücke nicht weiter gehen könne; denn erstens werden die Sachen zu ungleichmäßig verteilt, und zweitens muß man hier für alles, seien es Be-heimittel oder Bekleidungsstücke, viel mehr bezahlen wie die Einwohner der umliegenden Ortsgemeinden. Die in der Versammlung anwesenden Krämmer erklärten auf Befragen, daß sie für die Sachen mehr bezahlen müssen, als wie sie in Karlsruhe verkauft werden, aber warum die Krämmer mehr bezahlen müssen, und wer daran schuld ist, weiß hier niemand; vielleicht tragen diese Krämmer dazu bei, daß sie näher zu erfahren. Ferner richtet sich der Protest gegen Herrn Hauptlehrer Hofmann, es wurde verlangt, daß derselbe sofort von seinem Posten als Lebensmittelverteiler vom hiesigen Rathaus entfernt wird. (Hofmann ist ein Verwandter des Bürgermeisters! D. M.). Dafür sind Herr Emil Stuh, Bäcker und Frau Borrell Witwe, zu jeder Verteilung von Lebensmitteln und Bekleidungsstücken, sei es an der Wache oder auf dem Rathaus als Kontrollpersonen zuzulassen. Zugleich stellt die Versammlung der hiesigen Kommission vom Kommunalverband ein Mißtrauensvotum aus.

Milchnot auf dem Lande. Aus Godelsheim wird uns geschrieben: Einen merkwürdigen Kreislauf muß in unserm Orte die Milch machen, bis sie in die Haushaltung der Bezugsberech-tigten gelangt. Seit einigen Monaten wird nämlich die gesamte Milch an Orte erzeugte Milch, d. h. so weit sie abgeliefert wird, nach Karlsruhe befördert, wird dort entrahmt und kommt dann als Wagnermilch zurück in unsern Ort. Die Wagnermilch wird dann, wie es in der Stadt auch geschieht, an den Sammelstellen aus-gegeben. Von Zeit zu Zeit gibt es noch etwas Butter, im übrigen aber sind wir genau so über dran wie unsere arbeitenden Lebens-genossen in der Stadt, Kehl und Zell sind Fremdbrot für uns: wer nicht Selbstverdiener ist, hungert genau so wie der Stadt-bewohner. Der Bauer rückt selbst zu Wucherpreisen nichts her-

aus er erklärt einfach, er habe nichts. Das Elend wird nun aber nachgerade unerträglich, indem seit einiger Zeit auch noch die Milch, in ungenießbarem Zustande von Karlsruhe hierher gelangt. Die Frauen bemühen sich schon seit vier Wochen bei der Ortsbehörde-darum, daß die den Einheimischen zustehende Vollmilch hier gelassen werden möge, sie würden gerne auf die Butter verzichten. Die Rathsbürokraten weisen jedoch dies Verlangen mit dem Vorgeben zurück, Godelsheim hätte immer zu wenig abgeliefert. Wenn das der Fall sein sollte, so ist es doch u. E. eine große Un-gerechtigkeit, für die Nichtablieferung auch jene büßen lassen zu wollen, die nichts dafür können. Wenn unsere Gemeinde weniger Milch abliefern als andere Orte hat, so ist mit daran der Großbetrieb Douglas mit seinen Räumern schuld. Die Arbeiterkassette protes-tiert auf das energischste dagegen, daß man sie hier für die Sünden der Bauern verantwortlich macht. Kommt die wärmere Jah-reszeit, dann wird die Milch überhaupt wertlos für uns werden. Die Nichtablieferung verlangen unbedingt eine Abänderung des Ablieferungssystems, sie haben schon genug für andere gelitten und verlangen nun endlich im Interesse ihrer Frauen und Kinder Gerechtigkeit.

n. Mißwirtschaft überall. Aus Staufenberg wird uns berichtet: In der Frage der Lebensmittelabgabe in unserer Ge-meinde ist es notwendig, einmal ein Wort in der Öffentlichkeit zu sprechen, da aneinander alle anderen Mittel verjagen. Als im Dezember 1918 der Arbeiterrat gewählt wurde und in die Miß-wirtschaft eingriff, glaubte man, daß man alles besser werden würde. Mit Bedauern muß aber konstatiert werden, daß diese Hoffnung zum Teil eine trügerische war. Auf Veranlassung des Arbeiterrats wurde die Ausgabe der Lebensmittel den Kolonial-geschäften auf Grund der Kundenlisten übertragen, jedoch die Kranken- und Kinderzulagen wurden nach wie vor im Rathaus ab-gegeben, obgleich vom Arbeiterrat wiederholt gefordert wurde, den Einzelverkauf seitens der Gemeinde ganz aufzugeben, da ja vier Kolonialgeschäfte hier sind. Dem wiederholten Verlangen des Arbeiterrats wurde nicht stattgegeben, sondern riefmehr verurteilt, den Einzelverkauf noch mehr auszubauen. Der Gewinn fließt natürlich nicht der Gemeindefasse zu, sondern gewissen andern Herrschaften auf dem Rathaus und deren Angehörigen; wenn man etwas geben will, dem gibt man, den andern gibt man nicht ein-mal eine Antwort und läßt sie solange stehen, bis sie zähneknir-schend von selber wieder gehen. Diese Verhältnisse konnten aber nur einreißen, weil die Arbeiterkassette sich nicht einig ist. Als der Arbeiterrat eingriff, gab es Genossen, die dagegen arbeiteten, es gab welche, die glaubten, auf beiden Schultern Wasser tragen zu müssen. Von großer Charakterstärke zeigt sich ein Verhalten nicht. Das unverantwortliche Treiben bewirkt aber, daß der Ar-beiterrat sich entschloß, sein Amt niederzulegen. Selbst ein alter Gemeinderat bekam das Treiben über und gab auch sein Amt auf. Es ist dringend nötig, daß die auf sozialdemokratischem Boden stehenden Arbeiter sich enger zusammenschließen und gemeinsam vorgehen. Die bevorstehenden Gemeindevahlen erfordern große Arbeit und nur bei Einigkeit kann der Sieg errungen werden.

Beratschlagung in Mannheim. Der Bürgerausschuß von Mannheim hat mit der Beratung des Voranschlags begonnen. Im Verlauf der Beratung trat zutage, daß sich die Finanzen Mann-heims einer Katastrophe nähern. Oberbürgermeister Dr. Kuper sagte u. a.: „Lebers Jahr werden wir es fühlen, daß wir ärmer sind, als nach dem 14jährigen Kriege. Abgesehen von den Unter-nehmungen, die während des Krieges fortgesetzt worden sind, hat die Stadt Krassenselbst in Höhe von 55 Millionen Mark aufge-nommen. Damit wird der städt. Haushalt mit jährlich über drei Millionen Mark belastet. Im dem Verlauf der Sitzung stimmte der Bürgerausschuß der Erhöhung der Wasser-, Gas- und elektrifischen Strompreise zu.“

Weibliche Meister bei den Mietneigungsämtern. Die Heranziehung weiblicher Personen als Meister zu den Mietneigungs-ämtern ist wiederholt von verschiedenen Seiten angeregt. Der preussische Staatskommissar für das Wohnungswesen, Scheidt, hat nunmehr den Regierungspräsidenten in einem Rundschreiben mitgeteilt, daß gegen die Bestellung von Frauen zu diesem Amt keine Bedenken bestehen.

Soziale Rundschau.

An die Erwerbslosen im Reich!
Der Preussische Reichs-Arbeitslosen-Ausschuß der Groß-Berliner Arbeitslosenräte, der die Einladungen zu dem am 5. und 6. April 1919 im ehem. Herrenhaus zu Berlin zusammen-tretenden Reichskongreß der Arbeitslosenräte hat ergangen lassen, hat sich inzwischen unter dem Druck der Verhältnisse aus Vertretern der Landes-Erwerbslosen-Ausschüsse von Krefen, Bepem, Saarlautern, Württemberg und Baden zu einem Reichs-Erwerbslosen-Ausschuß erweitert. Der Reichs-Erwerbslosen-Ausschuß befaßt sich die Einberufung des Reichskongresses der Arbeitslosenräte zum 5. April und stellt folgende Tagesordnung fest: 1. Allgemeine Lage der Erwerbslosen, 2. Entwurf eines Rotgesetzes für Erwerbslosen-fürsorge, 3. Die politischen Maßnahmen zur Durchführung der wirtschaftlichen Forderungen, 4. Wahlen zum Reichs-Erwerbslosen-Ausschuß, 5. Anträge und Beschlüsse. Beginn des Reichs-Kongresses am 5. April, vormittags 10 Uhr, im Festsaal des ehem. Herrenhauses zu Berlin. Schriftliche Anmeldung der Delegierten an das Mitglied des Reichs-Erwerbslosen-Ausschusses Friedrid Wendel, Berlin-Friedenau, Mensestraße 16, bis 4. April erbeten. Ankommende Delegierte melden sich beim Arbeitererrat der Ar-beitslosen Berlins, Berlin, Klosterstraße 92.
Berlin, den 28. März 1919.
Der Reichs-Erwerbslosen-Ausschuß
und
Der Preussische Reichs-Arbeitslosen-Ausschuß der Groß-Berliner Arbeitslosenräte.

Einstellung, Entlohnung und Entlassung von Angestellten. Bei vielen Gewerbetreibenden und Handwerkern besteht Unklarheit darüber, ob die in den Verordnungen vom 4. und 24. Januar 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 8 und 100—106) enthaltenen Vorschriften über Zulässigkeit von Kündigung und Kündigungsfrist während der Zeit der wirtschaftlichen Fernabmachung sich nur auf die wieder angestellten Kriegsteilnehmer und die bei dem Inkrafttreten dieser Verordnung vorhandenen Arbeitnehmer erstrecken oder generell auf sämtliche Angestellte und Arbeiter, die zu einem spä-teren Zeitpunkt eingestellt werden. Es wird deswegen hierdurch wiederholt darauf hingewiesen, daß jene Vorschriften einzig und allein auf die wieder eingestellten Kriegsteilnehmer in Anwendung finden. Die bei Gewerbetreibenden und Hand-werklern bestehende Befürchtung, daß sie Angestellte und Arbeiter, die sie jetzt zur Bewältigung vorliegender Aufträge einstellen würden, nach Aufhören der Arbeit nicht wieder entlassen dürften, entbehrt somit jeglicher Grundlage.

n. Destrigen, 31. März. Letzten Sonntag wurde hier eine Gemeinnützige Baugenossenschaft G. m. b. H. gegründet. 110 M. A. glieder traten der Genossenschaft sofort bei. Als Vorstandsmitglieder wurden gewählt: Baumgenosse H. Winden, Bauführer H. Meier und unser Parteigenosse Andreas Hammer. Als Aufsichtsrat wurden gewählt: Gotfried Krimling, Bagger-macher, Josef Wed, Baggermacher, Johann Hammer, Bagger-macher, Richard Feilhaber, Kaufmann, Josef Rothmeier, Kaufmann, Martin Scholt, Baubauarbeiter, Josef Steupreis, Bürgermeister und Valentin Hammer, Landwirt. Der Bau von Arbeiterwohnungen soll sofort in Angriff genommen werden.
W. D. Engen, 1. April. Heute vormittag sind die Arbeiter der hiesigen Füllwerke wegen Lohnhöhen in den Ausstand getreten.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Bad. Landesheater im Stadt. Konzerthaus.
Neu einstudiert: Clavigo von Goethe.

Einer der genialsten Schlingel, von denen wir Kenntnis be-sitzen, ist der Hofkuchenschreiber, Waffenschreiber und ein großer Wasser-leitungsbauer und Bühnenbildner Caron „de“ Beaumarchais, dessen Lebensgeschichte zum größten Teil eine Geschichte seiner P-Praxen darstellt. Seine wertvollste Biographie hat natürlich ein Deutscher geschrieben: Anton Veitshelm. Die „Memoires“ gegen den spani-schen Gelehrten José Clavigo, datieren ihrer Entstehung nach aus einem hübschen Rechtsbandel und rüden ihren Verfasser selbstver-ständlich ins hellste Licht, während das Original des Herausgebers der Zeitung „El Fenidor“ in Wirklichkeit fast das Gegenteil war, wogu Beaumarchais, wogu Goethe ihn gemacht hat. Obwohl der Stoff, nachdem ihn seine damalige „Gattin“ zu dessen Dramati-sierung angeregt hatte, ganz dazu angetan war, Goethes damals so rege, dramatische Gestaltungskraft zu entfesseln, so bleibt doch verwunderlich, mit welcher Sicherheit er dies, sein Bühnenwirt-schaftliches Stück in kaum acht Tagen verfaßt. Wie in ihm der Besenheimer Roman nachbildet, kann sich der noch nicht unter-richtete Interessent von jeder höheren Tochter, weit besser als durch unsere professores auseinandersehen lassen. — Was nun das Stück auf unserer heutigen Bühne betrifft, so kann man, wenn man von dem literarischen Kaffeehausinteresse abläßt, keine engere Beziehung zu ihm finden, selbst wenn Guibert ausruft: „Ein Hof-mann sollte seine Neude mehr im Sold haben?“ Und was zur Goethes Zeit vielleicht zu: psychologisch gebaut war, ist es in un-seren Tagen zu wenig. Natürlich war auch in der Aufführung am letzten Freitag zu verspüren, wie das Publikum erst nach dem dritten Akte warm zu werden begann. Was die vielen Feinheiten des „Clavigo“ betrifft, wie die Auseinandersetzung Carlos-Clavi-go im 4. Akt, die im Grunde Goethes eigentliches Werk ist, bedarf keiner besonderen Betonung mehr, es sei nur gesagt, daß sie von der Bühne herab erst so recht zur Wirkung kamen.

In diesem Sinne war die Wiederaufnahme des Trauerspiels im Konzerthaus zu begrüßen. Dr. Moenneke hatte die Ein-studierung übernommen. Wäre auch dem spanischen Namen eine etwas bessere Aussprache zugute gekommen, so ging doch der so wichtige Zug der Einheitslichkeit durch das Ganze, der so vielen unserer „Kaffischen“ Schauspielaufführungen mangelt. Zu un-serer größten Freude konnten wir auf Linke wieder auf der Bühne begrüßen, und die Grazie ihrer duftigen Erscheinung stellte eine Parie vor uns hin, mit der wir leben und litten. Da war

aber auch alles in wunderbarstem Uebereinstimmung, kurz, eine Ver-singung, die einen unergreiflichen Eindruck ansah und die das Bild tiefer unglücklichen, zarten Fräulein nie aus unserer Seele ver-schwunden lassen wird. Mäße dieser erstklassigen, jungen Künstlerin nun in Zukunft, wie im Vorjahre, recht viel Gelegenheiten geboten werden, ihre wundervollen Fähigkeiten gebührend zu entfalten. — Bruno Schönfeld hatte sich mit ständlicher Liebe in die Rolle des Clavigo vertieft und getraute den besetzten Weisungen in einer Weise, die keinen Augenblick nach einem Warum seines Tuns und Lassens fragen ließ, was gerade in dieser Gestalt die höch-sten Anforderungen an den Schauspieler stellt. Paul Weders Beaumarchais war — wenn auch manchmal etwas Kar-moor — der echte Revolutionär: unerschrocken, kraftvoll, vor-wärtsschreitend: eine prächtige Gestalt. Der Carlos von Felix Ruchens und die übrigen Darsteller Albert Müller (Goethe), Hugo Söder (Guibert), Erich Galt (Pueno) und Paul Müller (Saint George) reichten sich ihren Rollen entsprechend in das Ganze.

Eingegangene Bücher u. Zeitschriften.

(Alle hier bezeichneten und besprochenen Bücher und Zeit-schriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)
Die neue Erziehung! Sozialistische pädagogische Wochen-schrift. Herausgeber Dr. M. S. Baage, Unterstaatssekretär im Pr. Kultusministerium. Durch die Post vierteljährlich 5 Mk. und Postgebühren. Direkt unter Kreuzband 6 Mk. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin 48, Wilhelmstraße 9.
Leo Trotski, Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozia-listische Sowjet-Republik retten. Preis 75 Pfg. Verlag Ge-sellschaft und Erziehung G. m. b. H.
Wie werden wir wieder reich? Aus der Flut von Schriften, die über die wirtschaftliche Lage unseres Landes und die für den Wiederaufbau nötigen Maßnahmen erörtern, ragt insbesondere eine neue Broschüre von Erich Kuttner hervor, die in den nächsten Tagen herauskommt: „Wie werden wir wieder reich?“ Preis 20 Pfg. (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 114). In leicht verständlicher und sachlicher Weise legt hier der Verfasser hier mit den Problemen auseinander, die uns alle beschäftigen, deren Ernst jedoch erst von wenigen er-kannt wird. Gerade weil die Broschüre die Dinge beim rechten Namen nennt und rücksichtslos die Selbstkritik übt, so sie angebracht erscheint, und gründlich mit allen Schlagworten aufräumt, ist ihr die weiteste Verbreitung zu wünschen.

Aus der Stadt.

Carlsruhe, 2. April.

Verammlung der Brauereiarbeiter von Karlsruhe und Umgebung. Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter berief auf Montag nachmittag 3 Uhr im „Friedrichshof“ eine öffentliche Brauereiarbeiterversammlung ein, die außerordentlich stark besucht war, mit der Tagesordnung: 1. Bericht über die Unterhandlungen mit dem Mittelbadischen Brauereiverband; 2. Stellungnahme hierzu. Geschäftsführer Hitz vom Brauereiarbeiterverband erläuterte den Bericht. Nach demselben wurde nach reiflicher Prüfung in einer Sitzung mit den Vertrauensmännern und Arbeiterausschuhmitgliedern beschlossen, den Brauereien die Forderung einer Teuerungszulage von 20 Mk. nördentlich zu unterbreiten. Bei den Verhandlungen mit den Brauereien erklärten sich die Brauereibesitzer bereit, eine Teuerungszulage mit Staffelung für Lebzige von 12 Mk. und für Verheiratete von 18 Mk. zu bewilligen, mit dem Vorbehalt, wenn die Regierung den Brauereiarbeitern einen dem entsprechenden Aufschlag auf den Bierpreis bewilligt. Da nun am 1. April die neue Weizensteuer in Kraft tritt, so finden ohnedies noch Verhandlungen mit der Regierung statt. Den Arbeitern kann es aber völlig gleichgültig sein, was die Brauereien bei der Regierung erreichen. Sie müssen unbedingt auf ihrer Forderung bestehen bleiben. Auch die Urlaubsfrage muß geregelt werden. Nachdem wir den Aufständigen errungen haben, muß auch für die Bierfahrer die 12- bis 10stündige Arbeitszeit beseitigt werden. Im ganzen badischen Land sind die Brauereiarbeiter auf dem Plan und warten gespannt auf den Beschluß der Karlsruher Versammlung. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß jeder Notstandsarbeiter heute mehr Lohn hat als ein gelernter Arbeiter und Handwerker. Alle Redner traten entschieden für die aufgestellten Forderungen ein und die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die heute in Karlsruhe im „Friedrichshof“ von mehr als 1000 Brauereiarbeitern besuchte Versammlung beauftragt die Lohnkommission, auf der Basis der gemachten Vorschläge mit den Brauereien weiter zu verhandeln und an einer gleichmäßigen gerechten Teuerungszulage von 20 Mk. festzuhalten.“

Nach einem Gedanken der vielen braven Kollegen, die während des Krieges aus unserer Mitte geschieden sind, schloß der Vorsitzende mit einem begeisterten Hoch auf den Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter um 5 Uhr die großartig imponierte Versammlung.

Heute Abend 8 Uhr

in allen Bezirken Lesersammlungen der Partei mit folgender Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den Gemeinde-, Bezirks- und Kreiswahlen; 2. Vorschläge von Kandidaten für diese Wahlen. Die Versammlungen finden wie folgt statt:

- Karlsruhe: Oststadt zur „Krone“, Ecke Rühlheimer- und Georg-Friedrichstraße.
- Mitstadt: „Alte Linden“, im Birkel.
- Südstadt: „Auerhahn“, Schützenstraße.
- Mittel- und Südwinkel: „Goldene Krone“, Ecke Louisa- und Amalienstraße.
- Weststadt: „Württembergischer Hof“, Uhländstr. 26.
- Mühlburg: „Girlich“.
- Grünwinkel: „Für Hofbahn“.
- Darlanden: „Karlsruher Hof“.
- Beiertheim: „Beiertheimer Hof“.

Sozialdem. Verein. Morgen, Donnerstag, 3. April, abends 6 Uhr, in der „Goldenen Krone“ Vorstandssitzung.

Sport und Arbeiterschaft. Nächsten Freitag, 4. April, abends 7 Uhr findet in der „Brauerei Kammerer“, Waldhornstraße, eine öffentliche Versammlung, veranstaltet von der freien Turnerschaft, statt, in der Bezirkssturmwart Großhans-Konstant, M. d. N. W., über „Sport und Arbeiterschaft“ sprechen wird. In der neuen Zeit findet auch der Sport für die Arbeiterschaft erhöhte Bedeutung, die Arbeitersportvereine sind frei der Festen, die die Reaktion ihnen angelegt hatte, sie können sich nun voll und ungehindert entwickeln. Der organisierte Arbeiter achtet in den auf demselben Boden stehenden Arbeitervereinen, wo er unter Gleichgesinnten körperliche und auch geistige Erholung findet. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, besonders auch die Jugendlichen, sind zu der Versammlung am Freitag eingeladen.

An die Eltern der Handlungslehrlinge. An Eltern beenden wieder wachsende von Handlungslehrlingen ihre Lehrgänge. Da ist es Zeit, dafür Sorge zu tragen, daß die jungen Leute nicht den Vereinen zum Opfer fallen, von denen Anhänger die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft bekämpft und beschimpft wird. Man kann aber heute, nach der Revolution, immer noch die Beobachtung machen, daß noch viele Arbeiteröhne und Löhner, die im launenhaftigen Beruf tätig sind sich den arbeitervindlichen Vereinen und Verbänden anschließen. Die Arbeiter und Angestellten sollen daher jede Gelegenheit benützen, ihre Kinder, Geschwister und Bekannte anzukündigen, daß für die männlichen und weiblichen Handlungslehrlinge nur der Zentralverband der Handlungslehrlinge als Organisation in Frage kommt. Nur diese kann im Angelegenheitsverfahren in den freien Gewerkschaften angeschlossen und kämpft somit Schüler an Schüler mit den Arbeitern anderer Berufe für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Berufsangehörigen. Anmeldung nimmt entgegen: Fr. Löffler, Müppurstr. 10, r. G. Rippshahn, Kaiserstr. 72 IV, und L. Schneider, Dorfstr. 8 II.

Verlängerung der Polizeistunde. Nach einer Verordnung der badischen Volksregierung ist es vom 1. April ab gestattet, daß in Städten mit mindestens 10 000 Einwohnern die Gastwirtschaften, Kaffees, Theater und Spielhäuser erst um 11 Uhr geschlossen werden. Die Polizeiamtler können in Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern, wenn ein Bedürfnis der landwirtschaftlichen Bevölkerung besteht, in der Zeit vom 15. Mai bis 15. September ebenfalls die Polizeistunde auf 11 Uhr abends legen.

Die Aufnahme der Vorkursen. Für einen großen Teil der Schulanfänger (das sind die Kinder, welche vor dem 1. Mai d. J. ihr 6. Lebensjahr vollenden), bringt die neue Verfassung eine wichtige Änderung. In den höheren Vorkursen können keine Vorkurskassen mehr errichtet werden. Deshalb müssen die künftigen Mädchen, die im Herbst d. J. in die K. Klasse der höheren Mädchenschule eintreten sollen, an Eltern d. J. der Volksschule zugeführt werden und sind am heutigen Mittwoch, den 2. April auf dem Volksschulrektorat (Rengstr. 15, 3. Etage, Zimmer 21) anzumelden. Außerdem wird beim Beginn des neuen

Schuljahres auch mit dem Abbau der mit der Volkschule verbundenen Löhner- und Arbeiterkassen in der Weise begonnen, daß die für diese Schuljahr vorgesehenen Anfänger auf die 1. Volksschulklasse verteilt werden.

Die Frage des Kleinschiffes und die Firma Sinner in Grünwinkel. In den letzten Wochen hatten die Kleinschiff-Aufstellungen von Weizen aus Thüringen und der Provinz Sachsen, im ganzen etwa 100 Waggons. Zurzeit sind um 116 Waggons auf die 15 000 Kilo Roggen aus Thüringen abgesetzt, von denen ein Teil schon entworfen ist. Es wird des Ihre Leser interessieren, wegen der allgemeinen Bedeutung und deswegen, weil die Frage, ob wir in Bezug auf unsere Ernährung auf den deutschen Eiern angewiesen sind, damit die beste Verantwortung sind.

Zum Karlsruher Adressbuch erscheint jeden ein Nachtrag, notwendig geworden durch die überaus zahlreichen Änderungen und Ergänzungen seit Abschluß des Adressbuchs 1918, infolge der politischen Umwälzung und der Rückkehr von Wehrdienst. Er enthält alle seit vorer Jahren erfolgten Zugänge und Abgänge der Einwohner, alle neuen und gelöschten Firmen, Webereien, Schulen, Vereine, Redaktions-, Handels- und Gewerbebetriebe usw. Der Nachtrag kostet 2 M. Ergänzungsblatt kostenlos.

Wahlprüfungsausschreibung. Die Gesellschaft „Amicitia“ veranstaltet Sonntag, 6. April, abends 8 Uhr im „Altenheim“ in Grünwinkel eine Wahlprüfungsausschreibung zugunsten der badischen Kriegsgewerkschaften, unter der Leitung der hier bestehenden Arbeiter- und Soldaten-Komitee-Vereinigung. Näheres siehe Inserat.

Turnerklubverein. In der März-Monatsversammlung des Turnerklubs wurden allgemeine Gesichtspunkte über „Unser Verhalten gegenüber den nützlichen und schädlichen Tieren“ aufgestellt, welche zu einem Referat zusammengefaßt für einen öffentlichen Vortrag nach Friedriesschloß bestimmt sind. Der Abend nahm einen recht angenehmen Verlauf, da das Thema zu lebhaften Aussprachen über die derart ebenbürtigen Maßnahmen für den Tierchutz Anlaß gab.

Werbereinstellung für Ernt. Heute abend 7 1/2 Uhr findet in der Festhalle eine große Werbeveranstaltung für Turnen, Spiel, Sport und Wandern statt. Es werden turnerische Vorstellungen, Musikstücke und Sportfilme gezeigt. Ein Schillerchor und die Schillerkapelle werden ebenfalls mit. Eintritt 1 M.

Das Restaurant „Lindenschloß“ wird nach Renovierung am Sonntag, 6. April, neu eröffnet. Der neue Inhaber Herr Wilhelm Reichert (ehemalig im „Prinz Karl“) empfiehlt im Anzeigenteil eine gute Küche und reine Weine.

Selbstmordversuch. In einem Hause der Rammstraße versuchte sich gestern abend die Frau eines Schneiders aus unbekannten Beweggründen an der Glanzreihe ihrer Wohnung zu erhängen. Sie konnte noch rechtzeitig aus ihrer gefährlichen Lage befreit werden.

Verhaftet wurde eine Dienstmagd aus Gotha, welche ihrer Dienstherrin Schmuckgegenstände und Wäsche im Werte von 2200 M. entwendete, die Sachen wurden wieder beigebracht.

Von der Volkswirtschaft wurden im Monat März weiter beschlagnahmt und den einschlägigen Stellen abgeliefert: 8 Tsd. Kartoffeln in Müllwür, 12 1/2 Tsd. Röhren und Reste von einem Weger aus Teufelskureuth. Ferner am hiesigen Hauptbahnhof 60 Tsd. Schweinefleisch nach Tübingen bestimmt, sowie ein Haß Branntwein und 9 Kdsche von je 100 Pfund Tabak; ebenfalls am hiesigen Hauptbahnhof 2 Kanonen mit 80 Liter Branntwein, 50 Pfund Seife und 20 Pfund Zucker hier zum Aufschlaghandel bestimmt.

Wegen des Stuttgarter Generalkreises mußte die Vorstellung im Hoftheater gestern abend aufhören. Das Personal des Anna Denig'schen Pauertheaters blieb in Ulm a. D. sitzen und konnte nicht weiter. Es muß einen anderen Weg einschlagen und es ist noch nicht sicher, ob es heute eintritt.

Rechte Nachrichten.

Die Unruhen in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 1. April. Die heftigen Unruhen erforderten, wie bis jetzt festgestellt werden konnte, 11 Tote, darunter 7 Pfänderer. Von den Polizeitruppen fielen 2 Mann, darunter 1, wie berichtet. Die Marine verlor den Verlust von 2 Toten und hat außerdem 7 Schwerverletzte. Bis jetzt wurden über 20 sehr schwerverletzte Pfänderer den Krankenhäusern zugeführt. In den ersten Morgenstunden wurde das große Lebensmittelgeschäft von Straße a. Baumgarten von Pfänderern belagert, denen 200 Centner Butter, 70 000 Eier und 100 Centner Fett in die Hände fielen. Die Sicherheitsorgane sind heute Nachmittag vollständig Herr der Lage. Die mittig in der Altstadt wieder aufstehenden Pfänderer wurden in Reime erlegt. Die Zahl der Pfändererfälle hat sich auf 16 erhöht. Um weiteren Unruhen zu begegnen, wollen die Arbeiterorganisationen der Fabriken den Sicherheitsorganen sich zur Verfügung stellen. Seitens des Polizeivorstehers wurden scharfe Maßnahmen verfügt, um die im Mittag stunde ausgebrochenen Unruhen im Keime zu ersticken. Es sind zahlreiche Truppen abgestellt worden, die mit Handgranaten ausgerüstet die gefährlichen Stadteile absperrten. Die Straßen sind von 7 Uhr abends ab für den Verkehr gesperrt. Theater, Konzerne, Kaffees und Gastwirtschaften müssen bereits um 6 Uhr schließen. Um den Verlauf des in rüchtem Umfangs gehobenen Unruhen zu verhindern, wurde der Straßenhandel, der namentlich in der Altstadt blühte, verboten. Das Wasserentzug wurde verboten. Der unbedeutendste mit Waffen angetroffen wird, wie als Pfänderer betrachtet und bestraft.

Frankfurt a. M., 1. April. Nach einer verhältnismäßigen Ruhe während des Vormittags machten sich heute Mittag nach 12 Uhr neue Ausschreitungen bemerkbar, die wiederum in der Altstadt ihren Ausgang nahmen. An der Wertheimstraße suchte der Mob in die Leben mitte geschickte und Wäckerlein einzubringen, um zu verhindern. Die gesamten zur Verfügung stehenden Streikkräfte rückten sofort nach dort aus. Die Kämpfe sind zur Zeit im Gange.

Frankfurt a. M., 1. April. Das bekannte Lebensmittelgeschäft von Scherer am Hochmarkt wurde ausgeplündert. Am Frankfurter Hof drang die Menge ein und raubte die ihr erreichbaren Gegenstände und Lebensmittel. An diesen Plünderungen beteiligten sich auch Personen aus den besten Kreisen. Auch der umfängliche Weinhandel wurde von den Pfänderern arg mitgenommen.

Zum Freispruch des Mörders Villain

Das Urteil im Prozeß gegen Villain, des Mörders Janz, empfanden die französischen Sozialisten als einen aufschuldig ins Gesicht. Es wird probiert, die Tage derjenigen, die das Urteil gefällt haben, seien geschloß. Für die „Rechte“ ist das Urteil ein Ereignis, das wir kein anderes geahnet sei, die soziale Ordnung zu sichern. Der „Homme Libre“ hält das Urteil nicht nur für einen Irrtum, sondern auch für einen schmerzhaften Fehler vor angeblicher Tragweite. Die sozialistische Partei werde das nie vergessen können. Mit ihrer Lanze sei es zu Ende. Im übrigen kommt auch in der bürgerlichen Presse die Meinung zum Ausdruck, daß die Freispruch ernste Folgen haben werde. Selbst der „Temps“ meint, daß eine Verurteilung eigentlich selbstverständlich gewesen wäre. Aber, so fügt er hinzu, man müsse sich mit dem Freispruch abfinden. Auch der „Revue Socialiste“ nennt das Urteil unbegreiflich zumal nach der Zurückweisung des Anklägers Cottin. Es sei nicht allein notwendig, Cottin zu bestrafen, sondern auch eine allgemeine Amnestie für politische Verbrecher zu erlassen.

Um Danzig.

Paris, 1. April. Neuer. Die Frage des zukünftigen Schicksals der Stadt Danzig ist nach ungeklärt. Wahrscheinlich wird die Frage so gelöst werden, daß die Stadt Danzig und die Bahn, die sie mit dem polnischen Eisenbahnnetz verbindet, internationalisiert werden, oder, daß darauf das Mandatsystem Anwendung findet.

Berlin, 1. April. Das „Berl. Tagebl.“ meldet aus Amsterdam, daß auch in der Danziger Frage der von England unterstützte Standpunkt Amerikas über die französische Auffassung triumphiert hat. Es scheint, daß Willson in diesen wie in anderen Fragen bis zu verhältnismäßigen Trobungen mit einem Fruch gehen mußte, um Frankreich zur Milderung seiner Forderung zu bringen.

Vor neuen Unruhen in Berlin? Berlin, 1. April. (Schwanenbung.) Zu den kürzlich wieder verbreiteten Reden über bevorstehende neue Unruhen in Berlin äußert der „Volks-Anz.“ von einem Regierungsvertreter folgendes: Wir sind auf das genaueste über alle Vorgänge unterrichtet und auf alle Eventualitäten hinsichtlich vorbereitet. Wir würden mit rücksichtslosster Stärke eine solche Unruhen niederdrücken.

Der diesjährige Fringsfang. Nach Blättern: dungen fuhren beträchtliche Fringsfänge in der Gegend von Danzig an. Diese Fringsfänge werden Erzeugnisse auf eine weitere Veredelung der Fischmärke im Binnenland unter gleichzeitigen Entzügen der Preise. Von einigen meinen guten Fanglagen abgesehen, sind jedoch im ganzen die Erträge der diesjährigen Fringsfänge fast gegen das Vorjahr zurückgefallen. Mit einer erhöhten Zufuhr von Fringsen kann also leider nicht gerechnet werden, zumal der Fringsfang in der Unter-Eibe im wesentlichen als beendet anzusehen ist und nennenswerten Aufwänden nicht mehr zu rechnen ist. Erreutlich ist immerhin am diesjährigen Fang, daß der Fang größer ausfällt als im Vorjahr.

Das „Berl. Tagebl.“ meldet: Die Ausfuhr von den im ungenutzten Rang in Norwegen für Deutschland lagernden Fringsen und Fischprodukten hat begonnen. In Hamburg sind bereits fünf Dampfer mit Fringsen und Fischprodukten einetroffen. In mehreren Häfen Norwegens werden weitere Ladungen für Deutschland ausgenommen, die in diesen Tagen eintreffen werden.

Karl Garnisch f.

Leipzig, 2. April. (Tel.) Der Vundevorsteher des Arbeiter-Turnerbundes, Omasse Karl Garnisch, ist gestern einem Lungenerleiden erlegen. Derlei hat sich um die Arbeiterportfische, speziell des Arbeiter-Turnerbundes, sehr verdient gemacht.

Die Geldforderungen Wilhelms II.

Aus Berlin wird berichtet: Vor einigen Tagen ging die Nachricht durch die Presse, daß Wilhelm II. an die deutsche Regierung mit Geldforderungen herangetreten sei. Es hieß, daß er einen Anspruch auf 75 Millionen geltend gemacht, von der deutschen Reichsregierung jedoch nur 600 000 M. erhalten habe. Diese Meldung ist falsch. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß Wilhelm II. das Recht an seinem Privatvermögen zuzuschlagen. Es ist ihm deshalb im Dezember der Betrag von 1 Million Gulden zur Erwerbung eines eigenen Besitzums in Goslar überwiesen worden. Zur Regelung der sonstigen Ansprüche ist eine Kommission eingesetzt, die bereits arbeitet. Die feierlich ausgesprochene Weisungnahme des Vermögens hätte den alleinigen Zweck, dieses Vermögen zu sichern. (Wir hoffen daß dafür Sorge getragen wird, daß ein wesentlicher Teil dieses gefährdeten Vermögens der Allgemeinheit zugestiftet wird. (D. Neb.)

Dresden, 31. März. Die sächsische Volkshammer nahm in der heutigen Nachmittagssitzung gegen die Stimmen sämtlicher bürgerlicher Parteien einen Antrag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen an, den 1. Mai und den 9. November für gesetzlich feiertage zu erklären. Ferner wurde folgender Zusatzantrag angenommen: Die Regierung des Freistaates Sachsen möge bei der Regierung der deutschen Republik dahin wirken, daß der 1. Mai und 9. Nov. als gesetzlicher Ruhetag für das Gebiet der deutschen Republik festgelegt werden.

Hamburg, 1. April. Das dritte amerikanische Lebensmittelschiff „Rafe Cabardi“ ist gestern in die Stadt gekommen mit 8200 Tonnen Weizenmehl.

London, 1. April. Unterhaus. Die Wehrpflichtsbill wurde in dritter Lesung mit 282 gegen 64 Stimmen angenommen. Wegen die Bill stimmten die Mitglieder der Reichspartei und die unabhängigen Liberalen.

Briefkasten der Redaktion.

B. R. Turnereisen. Rechtsanspruch auf die Wohnung besteht nicht. Wohnung kann bezogen werden, wenn der in Gefangenschaft befindliche Sohn der Ernährer gewesen ist und wenn Sie selbst bedürftig sind. Die Entscheidung über die Gewährung der Wohnung liegt bei dem Truppenleiter, dem der Sohn bei seiner Gefangennahme angehört. Wenn Sie bisher auf Ihre Anträge keine Antwort erhalten haben, so wenden Sie sich direkt an diesen Truppenleiter. Ist derselbe infolge der Demobilisierung aufgelöst, so müssen Sie sich an den entsprechenden Stammtroppenleiter wenden. Kennen Sie diesen nicht, so gibt das Generalkommando des 14. A. K. in Durlach darüber Auskunft.

G. J. E. F. F. Die betreffenden Gewerbetreibenden haben selbstverständlich auch die adäquate Arbeit einzustellen. Eine gesetzliche Verpflichtung, die Zeit der Arbeitspausen in die adäquate Arbeitszeit einzurechnen, besteht nicht. Nach § 120 der Gewerbeordnung sind die Weitzer verpflichtet den Befehlungen die zum Schulbesuch räumliche Zeit zu geben. Nach der Verordnung des Ministeriums für soziale Fürsorge über den Noth- und Lebensverbrauch muß die Arbeitszeit innerhalb ganz bestimmter Grenzen liegen. Hält der Schulbesuch über die Arbeitszeit, so ist eine Abbeziehung der Befehle um die Zeit, die sie durch den Schulbesuch veräußert haben, nicht möglich. 4. Falls von Befehlsführer sind dem Bezirksamt anzumelden, das über die Sache entscheidet.

M. L. M. Bei der Namenge von Anfragen, die täglich einlaufen und bei der Fülle sonstiger Arbeit kann es schon einmal vorkommen, daß eine Antwort sich etwas hinauszögert. Wenn Sie noch keine Antwort erhalten, so geschah es jedenfalls nicht mit Absicht.

Ku in Murgtal. Wollen Sie Ihre erste Anfrage, die Sie in der letzten Nummer erwiderten, nochmals wiederholen. Anschrift immer: Redaktion, nicht Redaktion oder Verlag, wenn es sich um Briefkastenfragen handelt.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Lesel. Nachrichten Hermann Adel; für bürgerliche Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Jenseitigen Hermann Winter; für den Angehörigen Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Beiertheim. (Sozialdem. Partei.) Samstag abend 8 Uhr Mitgliederversammlung im „Beiertheimer Hof“. Bericht von dem Bezirkskonferenz.

Karlsruhe. (Sozialdem. Verein.) Heute Mittwoch, den 2. April, im „Rappen“ öffentliche Versammlung. Thema: Die Gemeindegewahlen. Referent Gen. Meßner. Freie Diskussion. 2288

Möbelhaus

Besichtigung ohne Kaufzwang.

Ecke Kaiser- und Donglassstr. (Hauptpost). Telefon Nr. 5220.
Komplette Wohnungs-Einrichtungen und Einzel-Möbel.
Aufbewahrung völlig kostenlos.
Hauptlager Mühlburg: Philippsstrasse 19. Telefon Nr. 5224.

Gebr. Karrer

Gute Ware bei billigster Berechnung.

Geschäfts-Übernahme

Meiner geschätzten Kundschaft teile ich hierdurch ergeben t mit dass ich mich aus Altersrücksichten entschlossen habe, meine seit 33 Jahren betriebene Metzgerei an Herrn Metzgermeister **Karl Frazier** abzutreten. — In dem ich für das in reichem Masse genossene Wohlwollen bestens danke, bitte ich, solches auf meinen Nachfolger gütigst übertragen zu wollen.
Karlsruhe, den 30. März 1919.
Christian Specht, Metzgermeister.

Bezunehmend auf vorstehende Anzeige, teile ich der geehrten Einwohnerschaft ergebenst mit, dass ich die von Herrn **Christian Specht** betriebene „Metzgerei mit Wurstfabrikation“ käuflich erworben habe und sie in unveränderter Weise weiterführen werde. Ich bitte, auch mir das dem Geschäft bisher bewiesene Wohlwollen und Vertrauen entgegenzubringen mit der Versicherung, dass es mein eifrigstes Bestreben sein wird, durch sorgfältige Behandlung und gute Ware, die volle Zufriedenheit meiner geehrten Kundschaft zu erwerben.
Karlsruhe, den 30. März 1919. 2293
Karl Frazier, Metzgermeister, Hebelstraße 19.

Sozialdem. Verein Karlsruhe.

Mittwoch, den 2. April, abends 8 Uhr, in allen Bezirken

Bezirks-Versammlungen

- Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu den Gemeinde-, Bezirks- und Kreiswahlen.
2. Vorschläge von Kandidaten für diese Wahlen.

Die Versammlungen finden wie folgt statt:
Oststadt: Gasthaus zur Krone, Ecke Rintheimer- und Georg-Friedrichstraße.
Mittstadt: Alten Linden, im Park.
Südstadt: Auerhahn, Schützenstraße.
Mitte- und Südweststadt: Goldene Krone, Ecke Douglas- und Amalienstraße.
Weststadt: Württemberger Hof, Pfaffenstraße 26.
Mühlburg: Girsch. 2295
Grünwinkel: Zur Lokalbahn.
Dorfanden: Karlshofer Hof.
Weiertheim: Weiertheimer Hof.

Wir laden unsere Mitglieder zu diesen Versammlungen herzlich ein, mit dem Ersuchen, vollständig zu erscheinen. Mitgliedsbuch gilt als Ausweis.
Der Vorstand.

Central Theater

Karl-Friedrichstr. 26 - Teleph. 5549

Nur 3 Tage!

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Der siebente Kuss

Drama in 4 Akten
mit **HILDE WOERNER.**

Der Fall Rosentopf

Lustspiel in 3 Akten
mit **ERNST LUBITSCH.**

Verderbende Betr.

Die Käufe unter den Pferdebeständen des Gemeinderats Wilhelm Kiefer, des Sodawasserfabrikanten Wilhelm Kuf und des Wilhelm Theodor Kuf in Karlsruhe, den 28. März 1919. O.Z. 118

Sauerkraut Saure Rüben

Bis auf weiteres an Bestagen von 9 bis 11 Uhr vormittags u. von 2 bis 4 Uhr nachmittags Kaiser-Allee 25, jedoch nur saure, gegen Barzahlung erhältlich. Käufer sind mitzubringen.
Kleinere Mengen Sauerkraut und Rüben werden in den Stadt-Verkaufsstellen und auf den Märkten warrenfrei abgegeben.
Karlsruhe, den 11. März 1919.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Dr. med. Lvinger

Wostendstr. 69 Fernspr. 3085
ist von der Reise zurückgekehrt.

Bachverein.

Zur Beachtung für die Mitglieder.
Den Mitgliedern werden zu der am Samstag, den 13. April ds. Js. stattfindenden Aufführung der Matthäuspassion von J. S. Bach, wie dies auch bei der Aufführung „Schöpfung“ der Fall war, keine Plätze vorbehalten. Der hohe Veranstaltungslotter werden, müssen bei Entnahme von Plätzen in höhere Preiskategorie Platzgebühren entrichtet werden; für Plätze zum Preis von 2 Mark wird keine Platzgebühr erhoben. Es empfiehlt sich daher für die Mitglieder, sich möglichst frühzeitig gegen Vorverkauf der Mit- und Beitzarten Plätze zu sichern. Das Nähere befragen die Palast- und Konzert-Anzeigen in den Zeitungen.
Der Vorstand.

3 Linden-Saal Mühlburg

Sonntag, den 6. April, abends 1/8 Uhr

Wohltätigkeits-Aufführung

zu Gunsten der Badischen Kriegsgefangenen-Fürsorge.

Der Goldhauer

Volksstück in 4 Akten von Ch. B. Reiss-Meiffner.
Veranstaltet von der Gesellschaft Amicitia unter Mitwirkung der Musik-Theater-Vereinigung.
Preise der Plätze: 1.50, 2.—, 1.20, 0.80, für Militär und Kinder Einheitspreise 50 Pf.
Vorverkauf: Musikalienhandl. Fritz Müller, Franz Tafel, Zigarrenschäfte F. Kühnel, Du lacher Allee 4, R. Kanten, Mühlburg, und Schuhhaus Götz, Schützenstr. 44, sowie 1 Stunde vor Beginn der Veranstaltung. 2285

Schwarzhörigkeit

Ohrgeräusch, nerviger Schmerz, Schilbe raschelt durch unsere Pat. natürl. geschützte, laubendf. bewährte Schirmer'sche Natürl. „Lautschall“. Bequem u. unbeschadet zu tragen. Gerät. em. fohlen. Sie e. Dautsch. Größe. Preis 2.50. Medizin. Rüdgen 43. Prop. u. Ausf. umi. 1919

Blinden-Arbeit.

Gaustrassungs-Wärten und Hofhaas-Wärten empfiehlt Wilh. Voos, Viktoriastr. 6.

W MUND, ARCH.

KARLSRUHE - MAXIMSTRASSE 25

Gebrüder Scharff

- Wir empfehlen:
Schrubber Stück 3.—
Waschbürsten Stück 1.50—2.45
Strassenbesen Stück 3.80
Putztücher Stück 2.25
Parkettwachs Marke Multi Stück 1.15
Burnus vorz. Waschmittel Stück 30 Pfg.
Panamarinde Beutel 35 Pfg.
Stärke kein Ersatz, St. 45 Pf.
Geolin in Pulvertorm Stück 15 Pfg.
Schmirgelpapier Bogen 10 Pfg.
Pilo Dose 68 Pfg.
Schuhfett grosse Dose 45 und 75 Pfg.
K.A.-Seife Doppelstück 40 Pfg.
2294

Berufs-Musiker

(Klavier, Violine und Streichinstrumente) die Auszubildeten annehmen wollen und 2272

Gesellschaften, Tanzlehrer, Kinos und Cafés

die Musiker suchen

Städt. Arbeitsamt

Zirkel Nr. 33. Fernsprecher 609.
Vermittlung für beide Teile kostenlos.

Wer sich ein gutes Getränk herstellen will, der verwende den bekannten **Ruffs Kunstmolksaufsatz** mit Heibelbeeren und mit Süßholz, die Flasche zu 100 Liter reichend, kostet M. 15.—, ferner **Ruffs Heibelbeeren mit Putaten** in Flaschen zu 60, 100 und 150 Liter.
Viele Anerkennungen.
Robert Ruff, Feld 10, Erb-Verandha 8, Ettlingen, Radvangen, 8. 11. 1918.
Senden Sie mir wieder 2 Flaschen Kunstmolksaufsatz mit Heibelbeeren und mit Süßholz in 100 Liter. Mit dem ley en mar ich sehr zufrieden zu sein.
gez. **Christian Schneider, Bahnhöfstr.**
Auenheim (Amt Neßl), 2. Dez. 1918.
Da uns bei dem Kunstmolksaufsatz sehr gute Dienste ausgesprochen schmeckt und ich viele Freunde erworben hat, so erlaube ich Sie freundlich um Isolierung Zulassung einer Flasche Kunstmolksaufsatz mit Heibelbeeren und mit Süßholz zu sein.
gez. **Karl Fr. Landenberger.**
Niederlagen in Karlsruhe: E. Däubel Nachf., Augustenstraße und E. Ruff, Poststraße.

LUXEUM Lichtspiele

Kaiserstr. 168. Telefon 3955.
Die sämtliche Künstlerin **Magda Madeleine** in dem grossen Filmwerk **Verchlungene Wege.** Ein Liebesroman in 5 Akten.
Ludwig Traufmann in seinem neuesten Film **Nordlicht.** Aus dem Leben eines Abenteurers in 7 Akten. 2292
Letzte Vorstellung abends v. 8—10 Uhr.

Palast-

Heute und folgende Tage!

Ressel Orla

in dem neuesten Film ihrer Serie 1918, 19

Marionetten des Kaffes

Schauspiel in 4 Akten.

Der Liebe u. d. Blutes Kraft

Drama in 4 Aufzügen.
In der Hauptrolle: 2293
Der berühmte ungarische Filmstern **J. v. Kenkeffy.**

Lichtspiele

Gesang-Verein Laffalia.

Puf dieselben Wunsch der Mitglieder, veranstaltet der Gesangver. in Laffalia einen **Tanzkurs.** 2292

Tanzlustige Damen und Herren wollen sich in die in der „Restaurations Auerhahn“ aufsuchen e Liste eintragen.
Der Vorstand.

Städtisches Konzerthaus.

Mittwoch, den 2. April 1919. 2290

Vorstellung des Badischen Landestheaters.

Zu Einheitspreisen.
Maria Stuart Trauerspiel in fünf Akten von Schiller.
Anfang 6 Uhr. Ende nach 1/10 Uhr.

Top
Begünstigt
monatlich 1.8
1.30 M. die
Ein
Bern
aus Par
Scineverb
Mörbers
Herau
einer ein
rung de
Vertreter
reit hin,
wähnte,
baill in
keit der
liche Disk
verkürzte
langen un
gehen.
Das
Ma nif
hält sch
nur die
Lage sein
sozialist
Kratie
mit Gew
stigen W
sozialist
raments
Kehler de
Form, in
nahme de
eine Peri
T-tatur
ryen we
die für de
weidigen
frü erklä
rehten
lasse und
die überl
Widerf
Das Ma
wissen An
gierung
und bed
Billson
Partei be
bunde
und Plü
gebildet
Albert
son und
Der
Artikel di
riats fü
litischen
gen, für
federation
ialist
Prolet
Es
wenn die
Saures
von den
sombdie
Regierung
traurige
auch in
schwellt.
enden in
einer ge
Kaffe
entfernt
Blains
die Welt
los geich
ideale zu
Die
dingungen
Sinauspe
selbst eng
einem br
sialist
wird.
Am
as Boll
e mof
Mittwoch
Am her
meinen
beraten, b
fnd. Es
Aherdem
minarfric